

*Neulich in der Schule mit geschädigter Bausubstanz ...*



# LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Wieder erwartet Euch ein **insider** mit großer Vielfalt und Bandbreite. Neben inhaltlich anspruchsvollen Beiträgen wie „Digitalisierung und ihre Bewältigungsanforderungen“ oder auch „Kritik der Kritiker“ stehen Beiträge aus Schulen wie „BzB-Schüler gewinnen Bundespreise“ oder „Demokratisch leben“. Angesichts eines riesigen Bedarfs an Schulneubau und –sanierung

werden in einer ersten Annäherung hierfür Leitlinien für Berufliche Schulen vorgestellt. Die Beiträge Personalratsarbeit, Reform des BBiG, Enquete-Kommission Berufliche Bildung, Unterricht mit VR- und AR-Brillen oder die Standortfrage für Berufliche Schulen aus dem Landtag spannen – wie immer – einen facettenreichen Boden. News, Beiträge aus dem HPRLI sowie die Vorstellung neuerer Publikationen runden als ständige Rubrik den **insider** ab.

Wir wünschen Euch viel Spaß und Erkenntnisgewinn bei der Lektüre.

Dieter Staudt

## INHALTSVERZEICHNIS

Plädoyer für die Personalratsarbeit an Schulen	3
News	4
BzB-Schüler gewinnen Bundespreise	6
Zur Reform des BBiG	9
HPRLI-Intern	10
Leitlinien für modernen Schulbau an BBS	12
GEW: Mehr Geld für Bildung	15
Publikationen	16
Kritik der Kritiker	17
Demokratie leben – Ein Bundesprogramm	20
Mathematik und Ideologie	21
Digitalisierung und ihre Bewältigungsanforderungen	22
Holzweg aus Bits und Bytes	25
Enquete Kommission Berufliche Bildung	26
Landtagsdrucksache Berufsschulstandorte	27
Das Märchen von den drei Spinnerinnen	28
AR und VR – Staunen im Unterricht	30
Veranstaltungen	32

### Hallo lieber Dieter Staudt!

Der neue Insider (1-2019) ist wieder sehr spannend und vielseitig!

Auf die ATTAC-Unterrichtsmaterialien hinzuweisen ist sehr löblich, weil auch ATTAC unter Verleumdungen leidet, nicht gemeinnützig Bildungsarbeit zu leisten. Das ist ein Hohn! Lobbyisten von Konzernen und Banken überschwemmen Schulen mit tendenziösen, aufgehübschten Materialien und setzen alles von der Steuer ab.

Die Artikel zur Digitalisierung in Arbeitswelt und Ausbildung sind sehr differenziert und kritisch, wenn die Persönlichkeitsförderung hintangestellt werden soll. Dass bei der TU-Darmstadt dabei die Umwidmung eines Lehrstuhls, den Gamm und andere als kritische Darmstädter Pädagogik ausgeprägt haben, versucht wird, erregt zu Recht Gegendemonstranten.

Der Bericht über das gewerkschaftliche Begegnungsseminar zum Holocaustgedenken spricht mich an, da ich vor Ostern ein Bildungsurlaubs-Seminar von Arbeit&Leben Herford in Marseille mitgemacht habe, bei dem wir auch die einzige Gedenkstätte in einem Internierungslager in Frankreich besuchten: in Les Milles bei Aix en Provence. Ein Verein hat die Gebäude einer Ziegelei vor dem Abriss bewahrt und daraus eine Bildungsstätte gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenhass gemacht. Gegen Rechtsradikale (FN und andere) wird es durch Polizeiaufgebot geschützt.

Ich wünsche dir weiterhin Gesundheit, starkes Rückgrat und Freude am pädagogisch-gewerkschaftlichen Engagement!

Werner Stoklossa

**Wenn ein unordentlicher Schreibtisch einen unordentlichen Geist repräsentiert, was sagt dann ein leerer Schreibtisch über den Menschen aus, der ihn benutzt aus?**  
*(nach Einstein)*

# WARUM SOLLEN WIR UNS IM ÖRTLICHEN PERSONALRAT ENGAGIEREN? Ein Plädoyer dafür!

Zugegeben, wir Lehrerinnen und Lehrer haben alle schon ausreichend Arbeit, um eine Woche sinnvoll auszufüllen. Da stellt sich schon die Frage, warum sollen wir uns noch eine zusätzliche Aufgabe in den Rucksack packen. Trotzdem habe ich mich damals dafür entschieden und im Folgenden werde ich über Motive und Erfahrungen berichten.

Da ich immer der Meinung war, dass ich meine Arbeitsbedingungen mit gestalten muss und ich mich nicht nur still mit ihnen arrangieren will, habe ich relativ früh im Rahmen von Gesamtkonferenzen entsprechende Positionen eingebracht. Es wurde mir jedoch schnell klar, dass die Kolleginnen und Kollegen des örtlichen Personalrats einen umfassenderen Blick auf das, was in der Schule passiert, besitzen. Dies liegt zum einem daran, dass seitens des Kollegiums wichtige Informationen des Schullebens früher oder später bei einem Mitglied des Personalrats „landen“ und so Gegenstand der Personalratssitzung werden und zum anderem, dass das hessische Personalvertretungsgesetz dem Personalrat gemäß §60(4) ein umfassendes Informationsrecht zuspricht. Es gehört demnach auch zu den originären Aufgaben des Personalrats, durch Anfragen zu prüfen, ob die durch einzelne Kolleginnen und Kollegen geschilderten „Maßnahmen“ für die Schule insgesamt von Belang sind und ob daraus Benachteiligungen oder Vorteile für andere Kolleginnen und Kollegen entstehen.

Personalrat und Schulleitung „verhandeln über strittige Fragen mit dem ernststen Willen zur

Einigung“, so das Personalvertretungsgesetz. Generell gibt es nicht nur in der freien Wirtschaft einen natürlichen Interessensgegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Auch in der öffentlichen Verwaltung steigen der Druck und die Summe der zu erledigenden Aufgaben. Die Aufgabe des örtlichen/schulischen Personalrats besteht darin, auf diese Entwicklungen hinzuweisen, ggf. die Grenzen des Machbaren aufzuzeigen und womöglich durch Dienstvereinbarungen auf eine Limitierung des Arbeitspensums hinzuwirken. Da dies nicht immer gelingt, haben nicht zu Letzt viele Personalräte gerade aus dem Schulbereich Überlastungsanzeigen auf den (Dienst-)Weg gebracht.

Die Personalräte an den Schulen helfen dabei, entstehende Konflikte frühzeitig zu bearbeiten, bevor es zum großen Show-Down in einer Gesamt- oder Schulkonferenz kommt. Hier spielt das Format des vorgeschriebenen Monatsgesprächs eine wichtige Rolle. Hier können Schulleitung und Personalrat in kleinerer Runde um Lösungen ringen, die dann später - sofern die Zuständigkeit der Konferenzen gegeben ist - demokratisch entschieden werden kann. Es darf hier nicht darum gehen, die Gremien nach dem hessischen Schulgesetz außen vor zu lassen. Das kleinere soziale Format ermöglicht aus meiner Sicht manchmal, einen Kompromiss leichter zu erzielen oder sogar kollegiale Positionen durchzusetzen.

Bei der Auseinandersetzung um gute Arbeitsbedingungen geht es immer darum, auch die besten Lehr- und Lernbedingungen für die

Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Deshalb ist es auch hilfreich, mit der SV zusammenzuarbeiten.

Weitere Unterstützung erhalten die örtlichen Personalräte durch den Informationsaustausch auf Personalrätetreffen, welche die Gesamtpersonalräte organisieren, im Rahmen von Personalratesschulungen, die zumeist federführend von GEW-Aktiven durchgeführt werden oder auf gemeinsamen GEW-Fachgruppensitzungen.

Bei alledem besteht für jeden persönlich die Möglichkeit, eine Menge über sich selbst, das Schulrecht und das Thema Kommunikation zu lernen und so über den Tellerrand hinauszuschauen. Zugegeben kostet dies auch Energie, aber wenn wir Kolleginnen und Kollegen unsere Interessen nicht konzentriert selbst vertreten, setzen sich im Zweifel nur diejenigen durch, welche gerade den besten Draht zur Schulleitung haben. Gleichzeitig ist es für die Schulleitung m.E. von großer Bedeutung, über das Gespräch mit dem Einzelnen hinaus allgemeinere Informationen zur Situation in der Schule zu erhalten, wofür der örtliche Personalrat ein Sprachrohr sein kann.

Im **Mai 2020** stehen die Personalratswahlen an.

### Deswegen:

- Helfst in örtlichen Wahlvorständen mit, diese zu organisieren!
- Kandidiert als Personalrat auf den Listen der GEW!
- Wählt die GEW Liste bei der Gesamt- und Hauptpersonalratswahl!

*Carsten Leimbach*

## Ohne Berufsausbildung

Nach Angaben des Mikrozensus 2017 haben 25,6 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren keine anerkannte Berufsausbildung. Bei den deutschen Staatsangehörigen trifft dies demnach auf 22,2 Prozent zu, bei EU-Staatsangehörigen auf 41,2 Prozent und bei Dritt-Staatsangehörigen auf 58,9 Prozent. Diese Zahlen nennt die Bundesregierung in ihrer Antwort (19/9401) auf eine Kleine Anfrage (19/8119) der Fraktion Die Linke.“

Mehr auf <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/094/1909401.pdf>

## AzubiCard Hessen startet

Ab sofort profitieren die rund 38.000 Auszubildenden in Hessen von der AzubiCard. Damit können sie sich als Auszubildende ausweisen und erhalten diverse Vergünstigungen, ähnlich wie bei einem Schüler- oder Studentenausweis. Die hessischen Kammern haben mit dem Versand der Ausweise begonnen. Weitere Informationen sowie eine Übersicht aller Vergünstigungen, die derzeit mit der AzubiCard verbunden sind gibt es online unter [www.azubicard-hessen.de](http://www.azubicard-hessen.de)

## Unterrichtseinheit zu Algorithmen

Für Schülerinnen und Schüler gehören Algorithmen heute zum Alltag. Wie funktionieren Algorithmen und wo werden sie eingesetzt? Warum können sie

problematisch sein? Hierzu gibt es eine neue Unterrichtseinheit der Böckler-Stiftung. [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

## Plastikatlas 2019

Unser Planet versinkt im Plastik: Es ist im Boden, im Wasser, in der Luft. Doch Müllstrudel im Meer und Abfallhalden gigantischen Ausmaßes sind nur die eindrucksvollsten Auswirkungen der Plastikkrise. Wir essen Plastik, tragen Plastik als Kleidung am Körper und schmieren uns Mikroplastik aus Kosmetik ins Gesicht. Neben der Klimakatastrophe und dem Artensterben ist die Bewältigung der Plastikkrise die dritte große Herausforderung für die Menschheit.

Der „Plastikatlas“ umreißt das Ausmaß der Plastikkrise und verdeutlicht, dass die wahren Gründe für die Verschmutzung unserer Umwelt mit Plastik nicht ein Problem der Entsorgung oder der Verbraucher\*innen sind, sondern dass insbesondere international agierende Unternehmen ihrer großen Verantwortung nicht nachkommen. Für den Unterricht sehr gut geeignet.

[www.bund.net](http://www.bund.net)

## Digitalisierung und Schule

Der Landesvorstand der GEW Hessen hat Ende März 2019 einen umfangreichen Beschluss zu obigem Thema gefasst. Zu folgenden Themen wird dabei Stellung genommen: Digitaler Kapitalismus und solidarische Demokratie, Digitalkonzept und moderne Ausstattung, IT-Support, Digitale Inhalte, Netzstruktur sowie hessenweites

Schulportal inklusive Lernplattform. Außerdem soll ein Reader zu o.a. Thema erstellt werden. Näheres unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

## Online-Tool zur Unterrichtsevaluation

Im Rahmen eines Projekts des Fachseminars Informatik am Studienseminar für das Lehramt an berufsbildenden Schulen in Osnabrück entstand das Online-Tool ONCOO. Falls es im Unterrichtsraum einen Beamer gibt und die Schülerinnen und Schüler Zugang zum Internet haben, können mit minimalen Aufwand z.B. Kartenabfragen oder Evaluationen mit einer Zielscheibe durchgeführt werden. Weder Lehrende noch Lernende benötigen einen Account. Der Lehrer oder die Lehrerin richtet die gewünschte Methode ein und verteilt einen Zugangsschlüssel. Das Tool kann genauso gut auf Smartphones wie auf PC's verwendet werden (<https://oncoo.de>)

## Jugendliche in Ausbildung bringen

Der Staat sollte das betriebliche Ausbildungsangebot durch öffentlich geförderte Ausbildungsplätze temporär ergänzen, wenn Passungsprobleme dafür verantwortlich sind, dass in bestimmten Berufen und Regionen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können und gleichzeitig eine noch größere Zahl an Ausbildungssuchenden beim Bemühen um eine Ausbildungsstelle erfolglos bleibt. So lautet die Schlussfolgerung in einem Konzeptpapier der Bertelsmann Stiftung.

**Bertelsmann-Stiftung: Konzept Ausbildungsangebot (PDF)**

## Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung

Wie ist auf Diskriminierung zu reagieren? Wie verhalte ich mich als Lehrkraft bei Äußerungen, die Verachtung gegenüber bestimmten Menschengruppen ausdrücken und/oder Extremismus befördern? Solche Fälle gehören zum Schulalltag und stellen Lehrkräfte immer wieder vor Herausforderungen.

Grundrechte in der Schule zu vermitteln, sie erfahrbar zu machen und dafür zu sorgen, dass sich die Schülerinnen und Schüler später als mündige Bürgerinnen und Bürger für eine menschenwürdige, humane Gesellschaft einsetzen — das ist daher eine besondere Verantwortung der Schulen und ein wichtiger Erziehungsauftrag. Die neue Handreichung des HKM für hessische Lehrkräfte will diese in diesem Feld unterstützen.

[www.kultusministerium-hessen.de/Publikationen](http://www.kultusministerium-hessen.de/Publikationen)

### Jugend wird politischer

Jugendliche wollen bei Zukunftsfragen der Gesellschaft deutlicher gehört werden und stärker mitbestimmen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Opaschowski-Instituts für Zukunftsforschung, bei der 1.000 Menschen ab 14 Jahren befragt wurden. Danach hat es in den vergangenen fünf Jahren eine starke Zunahme bei den unter 20-jährigen Jugendlichen gegeben, die „viel mehr Volksabstimmungen für die Bürger“ fordern (2014: 73 Prozent, 2019: 94 Prozent).

Quelle: soli aktuell 06/2019

### Schulnewsletter der Bundeszentrale für Politische Bildung

Ein Newsletter für Lehrerinnen und Lehrer sowie für alle Mul-

tipulatoren. Jeden Monat erhalten Sie thematisch ausgerichtete Informationen zu Publikationen, Veranstaltungen und Online-Angeboten der bpb für Ihren Unterricht.

[www.bpb.de](http://www.bpb.de)

### VUCA

Auf der didacta 2019 stieß ich im Zusammenhang mit Diskussionen zur Zukunft der Arbeit auf das Kürzel VUCA. Dies bedeutet: V = Volatilität (unvorhersehbar), U = Unsicherheit, C = Komplexität, A = Ambiguität (gewinnt an Bedeutung). Darauf hätten sich die zukünftigen Arbeitnehmer\*innen einzurichten, so der Tenor (DS).

### Werkzeug zur Berufsfindung

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) bietet ein Selbsterkundungstool zum Finden des passenden beruflichen Weges an. Fragen und Aufgaben zu Fähigkeiten und zur Persönlichkeit, zu Interessen und beruflichen Vorlieben bilden die Grundlage, um ein persönliches Profil zu erstellen. Nach der Auswertung werden passende Ausbildungsberufe und Studienfelder vorgeschlagen.

### Disruption – was ist das?

Ein neuer Begriff macht die Runde: Disruption. Folgendes habe ich dazu gelesen. Disruption geht weit über Innovation hinaus. Eine Innovation ist z.B. die Erneuerung eines Produkts, die den Markt aber nicht grundlegend verändert. Eine disruptive Innovation bedeutet dagegen eine komplette Umstrukturierung bis hin zur Zerschlagung eines bestehenden Geschäftsmodells. Die Compact Disc beispielsweise war eine Weiterentwicklung der Schallplatte bzw. der Kassette.

Hersteller stellten die Produktion, Händler ihr Sortiment um. Mit dem Aufkommen disruptiver Technologien für digitale Musikvertriebe konnten Kunden ihre Musik online kaufen. Künstler konnten ohne Plattenfirma erfolgreich sein. Händler und Hersteller verloren ihre Basis.

### EU-Jugendgarantie

Die Jugendgarantie hat europaweit dazu beigetragen, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Leben von vielen jungen Europäerinnen und Europäern zu verbessern. Die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen in der EU ist auf 14,6 Prozent gesunken. Auch die Quote der 15- bis 25-Jährigen, die weder eine Schule besuchen noch einer Arbeit oder Berufsausbildung nachgehen, ist rückläufig und liegt derzeit bei 10,2 Prozent. Das teilte die EU-Kommission Anfang Mai in einer Pressemeldung mit. Trotz dieser guten Zwischenbilanz sind laut EU-Kommission weitere Anstrengungen erforderlich, denn die Jugendarbeitslosenquote in der EU ist immer noch doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote.

Quelle: überaus newsletter 5/2019

### Kapitalistischer Wohnungsmarkt

Der Berliner Senat hat angesichts des katastrophalen Wohnungsmarktes einen Mietpreisdeckel für fünf Jahre angekündigt. Der Eigentümerverband „Haus & Grund“ Berlin forderte die in seinem Verband organisierten Vermieter auf, ihren Mietern vor dem angekündigten Datum unbedingt noch schnell eine Mieterhöhung anzukündigen.

Zusammenstellung und Ausführungen  
Dieter Staudt

# „ÜBER DEN TERRORISMUS IN DER WELT BERICHTEN“

## BzB-Schüler der Heinrich-Emanuel-Merck-Schule gewinnen zwei bundesweite Preise

Zu Beginn des Schuljahres 2018/19 entschied sich die BzB-Vollzeit-Klasse der Heinrich-Emanuel Merck-Schule (HEMS) Darmstadt, an einem einwöchigen Radio-Projekt zum Thema „Politisch motivierte Gewalt erforschen“ in der Bildungsstätte Alte Schule Neu-Anspach (basa e.V.) teilzunehmen. In dieser Woche erlernten die Schüler einen reflektierten Umgang mit Nachrichten, um mit kritischer Medienkompetenz Meldungen über terroristische Anschläge und andere Formen von Gewalt zu verstehen und selbst für Demokratie einzutreten.

Zentrale Frage des Projektes war es, was Terrorismus und der mediale Diskurs über Terrorismus mit uns Menschen und der Demokratie in Deutschland machen. Gefördert wurde dieses Modellprojekt von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Schulleitung der HEMS, die der Projektantrag überzeugte und als Selbstständige Berufliche Schule die notwendigen Mittel bereitstellte. Zum Abschluss des Seminars gestalteten die Schüler als Produkt ihrer gemeinsamen Arbeit eine eigene Radiosendung, die am 14.08.2018 live vom Frankfurter Radiosender Radio X gesendet und einen Monat später in voller Länge nochmal ausgestrahlt wurde.

### **Das Radioprojekt gewann aktuell zwei bundesweite Preise:**

➤ **1. Platz beim Schülerwettbewerb „Wir reden mit“** von der VDZ, der Stiftung Lesen, von Reporter ohne Grenzen und der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Die Preisübergabe erfolgte am 2. Mai 2019 im Cam-

pus für Demokratie in Berlin. Dort, wo zu DDR-Zeiten Stasi-Offiziere zu Mittag aßen, wurden zum Tag der Pressefreiheit die Schüler für ihren Beitrag geehrt.

➤ **Auszeichnung beim Wettbewerb Demokratisch Handeln 2018**, verbunden mit der Einladung zur bundesweiten Lernstatt

marokkanisch, italienisch, brasilianisch, russisch) – entweder weil sie sich selbst so sehen oder weil sie von anderen zu Menschen mit Migrationshintergrund „gemacht“ werden. Insgesamt leben viele der Schüler in prekären finanziellen Verhältnissen, einige wohnen in Gemeinschaftsunterkünften.



... in Aktion

Demokratie vom 5.-7. Juni 2019 in Bad Münders.

In der BzB-Klasse befinden sich 13 Schüler zwischen 15 und 18 Jahren, die ihren (qualifizierten) Hauptschulabschluss anstreben, fünf von ihnen flüchteten 2015 von Syrien, Afghanistan bzw. Eritrea nach Deutschland, haben daher noch einen niedrigeren Sprachstand als andere in der Klasse. Bis auf einen Schüler empfinden sich die anderen Klassenkameraden ohne Fluchterfahrung ihrer eigenen Aussage nach als Menschen mit Migrationsgeschichte (türkisch, kurdisch,

Die Motivation für das Projekt war zuerst wohl die Vorfreude auf eine gemeinsame Kennlernfahrt nach Neu-Anspach im Taunus. Dass die Jungs selbst etwas zu einem politischen Thema recherchieren und entwickeln sollten, war für sie noch schwer vorstellbar. „So etwas machen doch immer nur Gymnasialschüler“, meinten sie. Schüler\*innen aus dieser Schulform erfahren in ihrem Alltag oft strukturelle Benachteiligung und werden selten von Bildungsprogrammen zur politischen Bildung bedacht. Zudem hatten viele der Schüler in ihrer vergangenen Bildungslauf-

bahn Scheitern erlebt. Schule war in der Wahrnehmung der meisten bisher ein Ort der Bloßstellung und ein Platz, wo ihnen wenig Zutrauen in ihr Können entgegengebracht wurde. Die geflüchteten Schüler waren erstaunt und ein bisschen unsicher, dass sie wirklich im Radio sprechen sollten. Freude, Angst und Skepsis standen zu Beginn der Fahrt also gleichermaßen im Raum.

Die Konzeption des Seminars war modular aufgebaut: Die Einführung erfolgte durch einen Einstieg in die (Definitions-) Geschichte politischer Gewalt und Terrorismus, sowie deren gesellschaftlichen und historischen Bedeutung(en). Hierbei wurde sowohl auf klassische dialog- und reflexionsfördernde Methoden der Jugendbildungsarbeit als auch auf medienpädagogische und erlebnispädagogische Einheiten zurückgegriffen. Anschließend folgte die Auseinandersetzung mit dem Thema Terrorismus. Hier wurde vor allem die Legitimierung politischer Gewalt, der politischen Motive und der Kommunikationsformen reflektiert, um eine prinzipielle, diskursive und reflektierte Haltung der Jugendlichen zu fördern.

In der eigenen Radiosendung entwickelten die Schüler politische Positionen und artikulierten diese dann öffentlich. Hierbei hatten sie die Möglichkeit, selbst ihre Themen zu bestimmen und passend mit ihrer Musik zu umrahmen. Für die Jugendlichen war klar, dass ihre Fragen zu Terrorismus nur global zu beantworten seien. Terrorismus war für viele von ihnen Fluchtursache aus den Ländern ihrer Eltern, die sie aufgrund terroristischer Anschläge verlassen mussten. Die Chance, in ihrer neuen Heimat im Radio sprechen zu können, wollten sie dazu nutzen, genau das zu erklären – „vor allem denjenigen, die sie in Deutschland nicht haben wollen“.

Ein weiteres zentrales Thema waren für die Jugendlichen rassistische und islamophobe Zuschreibungen, die Teil ihrer alltäglichen Erfahrung mit den Folgen medialer Diskurse über islamistischen Terrorismus in Deutschland sind.

**Einige ausgewählte Aspekte der Radiosendung werden im Folgenden beleuchtet:**

In einem Beitrag stellten die Schüler Bürger\*innen von Neuanspach auf der Straße fünf Fragen zu Terrorismus. Dabei erfuhren sie reichlich Abweisung und sogar ausländerfeindliche Beschimpfungen. Auf die Frage, was Terrorismus sei, erhielten sie einmal die Antwort: „Das ist, wenn ausländische Mitbewohner uns als Deutsche in irgendeiner Weise bedrohen.“ Diese und andere Reaktionen hinterließen einen unangenehmen Eindruck bei den Jugendlichen.

Insgesamt fühlten sie sich in diesen Straßeninterviews als „Flüchtlinge und Migranten“ abgewertet. Diese Erfahrungen teilten sie abends mit den anderen Mitschülern und der Klassenlehrerin und infolgedessen berichteten auch die anderen von Diskriminierungserfahrungen: Ein schwarzer Schüler erzählte, dass er rassistisch als N. bezeichnet wurde, ein anderer erwähnte seine Schwester, die aufgrund ihres Kopftuches in der Straßenbahn beleidigt wurde und andere benannten negative Zuschreibungen, die sie alleine aufgrund ihres in Deutschland unbekannteren Namens erleben mussten. Auch Bemerkungen wie „deine Eltern kriegen ja nur Hartz IV“ wurden angesprochen. Nachdem sich viele geöffnet hatten, überlegten die Jugendlichen gemeinsam, wie sie sich selbst in solchen Momenten unterstützen, Solidarität suchen oder Zivilcourage in Situationen zeigen könnten, wo andere diskri-

miniert werden.

Das Thema Identität, besonders nationale Zugehörigkeit, blieb die ganze Woche aktuell. Wer bin ich? Bin ich deutsch, bin ich türkisch, bin ich deutsch-türkisch? Wer oder was entscheidet das überhaupt? Eltern, Pass, Blut, Sozialisation etc.? Was ist Eigenbezeichnung? Was ist Fremdbezeichnung? Wo fängt der so genannte Migrationshintergrund an, wo hört er auf? Die Schüler befanden sich im ständigen Austausch und in mitunter lautstarken Diskussionen, in denen sie sich im Eifer des Gefechts selbst immer wieder auf ihre eigenen vereinbarten Regeln hinwiesen.

In einem anderen Beitrag interviewt der syrische Schüler N. seinen syrischen Klassenkameraden Z. über seine Flucht nach Deutschland. Die Entstehung dieses Beitrags lief nicht ohne Komplikationen. Z., der ohne Eltern in Deutschland lebt und sich seit Monaten verzweifelt um die Familienzusammenführung bemüht, sprang am vorletzten Tag auf einmal nach einem Telefonat auf, packte seine Sachen zusammen und wollte die Tagungsstätte verlassen. Er hatte mit seinem Vater gesprochen, der ihm verboten hatte, im Radio zu sprechen. Erst die Bekräftigung, seinen Entschluss zu akzeptieren, ein Gespräch mit seinem Betreuer und dann noch einmal eine ausführliche Erklärung an die Eltern über den Inhalt des Beitrags ließ ihn dann doch bleiben. Und tatsächlich entwickelte sich die Situation dann so, dass Menschen in Syrien die Radiosendung aufnahmen und sie laut im ganzen Dorf übertragen wurde. Die zuerst skeptischen Eltern waren sehr stolz, dass ihr Sohn auf Deutsch im Radio sprach und Zins Beitrag wurde wohl noch drei weitere Male im ganzen Dorf ausgestrahlt.



... bei der Preisverleihung

Ein weiterer Beitrag handelt von zwei persönlichen Schilderungen: nämlich was Terrorismus für Hamid am Beispiel von Afghanistan bedeutete und wie N. den Staatsterror in Eritrea erlebte. Diese beiden Geschichten ließen auch die Klassenkameraden nicht unberührt. Die vorher theoretisch diskutierte Solidarität war in diesem Moment praktisch spürbar. Teilhabe an diesem Projekt war im Übrigen nicht an die Sprache Deutsch geknüpft. Sowohl N. als auch ein weiterer Mitschüler fühlen sich bei emotionalen Themen noch sicherer in der englischen Sprache. Mehrsprachigkeit als Schlüssel zur Teilhabe war ausdrücklich erwünscht. Für W. war es eine Herzensangelegenheit mitzuteilen, dass seine Religion – der Islam – nicht gleich Islamismus ist. Islamophobe

Bemerkungen sind etwas, was ihm als Moslem immer wieder im Alltag entgegenschlägt.

Die Schüler entwickelten eine gemeinsame Radiosendung zu einem aktuellen politischen Thema, die sie live moderierten. Dabei achteten sie darauf, verschiedene Perspektiven aufzuzeigen, handelten miteinander aus, wie viel Platz welches Thema erhielt, wie der Aufbau erfolgte und welche Musik gespielt werden sollte. Sie brachten mitunter sehr persönliche Lebensbezüge mit ein und diskutierten vor und nach der Sendung über gesellschaftlich relevante Themen, wie Rassismus, Migration, Fluchtursachen, Chancengerechtigkeit. Auf diese Weise haben sie sich nicht nur theoretisch mit Demokratie auseinandergesetzt, sondern Demo-

kratie in Form von Meinungs- und Pressefreiheit praktisch erlebt. Die Stimmen von Menschen, die sich ansonsten wenig am politischen Diskurs beteiligen (können), wurden hörbar – für Mitschüler\*innen, Lehrkräfte, die Schulleitung, die Eltern, Betreuer\*innen und Freunde – und sogar in Syrien. Auch der Schulleiter betonte ausdrücklich seine Wertschätzung. Die Schüler haben „mitgeredet“ und auch gespiegelt bekommen, wie ihre Stimmen wichtig sind. Die BzB-Klasse ist sehr stolz auf ihre Radiosendung. Somit war das Projekt und die beiden grandiosen bundesweiten Auszeichnungen für sie eine empowernde Erfahrung und motivierend dafür, sich in Zukunft häufiger selbst in gesellschaftliche Themen einzubringen und Vertrauen in die Demokratie zu haben.

Die HEMS wird auch in Zukunft vergleichbare Projekte in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung durchführen. BzB-Schüler\*innen wird oft weniger zugetraut, als sie zu leisten imstande ist. Es lohnt sich gesamtgesellschaftlich, dass ALLE Schüler\*innen politische Teilhabe erproben, erleben und damit für Demokratie, Verantwortungsübernahme sowie ein soziales und gewaltfreies Miteinander motiviert werden.

*Nikola Poitzmann, Klassenlehrerin der BzB Vollzeit*

### Ergänzende Dokumente:

- Radiosendung:  
<https://www.dropbox.com/s/gu19meqzpsy34c2/Sendung%20basa%20ev%2031.08.2018.mp3?dl=0>
- Informationen zur Radiosendung der BzB-Schüler „Terrorismus Global“ unter:  
<https://www.basa.de/index.php/blog/261-radiosendung-terrorismus-global>
- Allgemeine Informationen zum Modellprojekt „Politisch motivierte Gewalt erforschen“:  
<https://www.basa.de/index.php/politische-bildung/178-walter>



# JUNGEN MENSCHEN WIRD EINE NEUE HÜRDE ERRICHTET

**D**ie Reform des Berufsbildungsgesetzes enthält mit Blick auf die Mindestausbildungsvergütung richtige Ansätze. Mit Blick auf die Bedingungen für die berufliche Ausbildung bleibt sie jedoch weitgehend hinter den Anforderungen an eine zeitgemäße Berufsausbildung zurück.

**P**ositiv ist zu bewerten, dass sich die Mindestausbildungsvergütung für Azubis künftig an den tariflichen Vergütungen orientiert. Unternehmen, die nicht tarifgebunden sind, dürfen den Tariflohn ihrer Branche um höchstens 20 Prozent unterschreiten. Diese Regelung wird jetzt gesetzlich fixiert, bisher war sie nur durch die Rechtsprechung festgelegt.

**M**it dem BBiG wird unter den Facharbeitern eine Zweiklassengesellschaft forciert. Die Arbeit-

geber können zweijährige Ausbildungen anbieten, ohne dass es für Azubis einen Anspruch gibt, danach in eine drei- oder dreieinhalbjährige Ausbildung durchzusteigen. Damit wird die längere Ausbildung vom Wohlwollen des Arbeitgebers abhängig gemacht. Ausbildungswilligen jungen Menschen wird eine neue Hürde errichtet, anstatt ihnen den Weg zu einer guten Ausbildung zu ebnen. Das ist das Gegenteil von dem, was die moderne Arbeitswelt erfordert.

**N**icht nachvollziehbar ist auch, dass die Praxisphasen im dualen Studium nicht in das novellierte BBiG aufgenommen wurden. Gesetzliche Schutzbestimmungen und die Kriterien zur Qualitätssicherung des BBiG gelten für diese Studierenden nicht. Das duale Studium ist eine Ausbildungsform der Zukunft. Hier brauchen wir verbindliche

Qualitätsstandards und zeitgemäße Formen der Mitbestimmung. Hier versagt der Gesetzesentwurf schlichtweg.

**A**uch mit Blick auf die notwendige Qualitätssicherung in der Ausbildung, Unterstützung des Ehrenamts im Prüfungswesen und verbesserte Weiterbildungsmöglichkeiten für betriebliche Ausbilder bleibt der Gesetzesentwurf hinter den Forderungen der IG Metall weit zurück.

**I**nsgesamt fehlt dem Gesetzesentwurf der Wille, die berufliche Ausbildung attraktiver zu machen und junge Menschen auf die neue Arbeitswelt vorzubereiten.

*Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, zur Reform des Berufsbildungsgesetzes*

## BERUFSBILDUNGSGESETZ UMFASSEND ERNEUERN!

Neben der Mindestausbildungsvergütung, die ab 2020 eingeführt werden soll, muss die Bundesregierung mit ihrer Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) dringend weitere Punkte anpacken. Anlässlich des Kabinettsbeschlusses zur BBiG-Novelle sagte **Elke Hannack**, stellvertretende DGB-Vorsitzende:

„Es ist gut, dass die Mindestvergütung für Azubis kommen soll. Die berufliche Bildung braucht mehr Wertschätzung, die sich auch in harten Euros für die Auszubildenden ausdrücken muss. Das ist aber nur ein wichtiger Schritt, um berufliche Bildung attraktiv zu machen – weitere müssen dringend folgen. Doch genau an diesem Punkt liefert die Bundesbildungsministerin nicht. Mehr Qualität in der Ausbildung, eine Aufwertung des Prüfer-Ehrenamts, die Einbeziehung insbesondere der dual Studierenden in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes – all diese Punkte sind im Gesetzesentwurf hinten runtergefallen. Der Bundestag

muss in den parlamentarischen Beratungen kräftig nachlegen.“

Wer die berufliche Bildung stärken will, muss sie für die Jugendlichen noch attraktiver machen. Dazu zählt, dass sie nicht mehr verpflichtet werden dürfen, nach langen Berufsschultagen in den Betrieb zu müssen. Die Freistellung für die Berufsschule muss daher klar und eindeutig – unabhängig vom Alter der Azubis – im Gesetz abgesichert werden. Das stärkt gerade auch die Grundidee der dualen Berufsausbildung.

Mit dem Dualen Studium hat sich in den letzten Jahren sehr erfolgreich ein hybrides Studienformat etabliert. Mehr als die Hälfte der dual Studierenden profitiert auch beim betrieblichen Teil ihrer Ausbildung nicht von den Rechten des BBiG. Deshalb müssen dual Studierende in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes aufgenommen werden.“

Im Mai hat der Minister dem HPRL Reden und Antworten gestanden. Die Hoffnung, dass einige Versprechungen des Koalitionsvertrags konkreter werden, wurde nicht erfüllt. Im Bereich der Berufsbildenden Schulen wird es personelle Änderungen im Ministerium geben. Die bisherige Leiterin des Großreferats für Berufsbildende Schulen und Schulen für Erwachsene, Frau Dr. Heike Jäger, wird nach kurzer Zeit in die Leitung des mächtigen Zuweisungsreferats wechseln. Ob dies zu einer Stärkung der beruflichen Bildung führt ist fraglich. Es ist keine eigene Abteilung für berufliche Bildung geplant, wie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Landesausschuss für Berufsbildung gefordert, und die bisherige Großreferatsstelle wird vorerst nur durch eine Abordnung wahrgenommen.

### **QUEM – Quereinstieg Metall, Elektro**

Das Ministerium will eine neue QUEM-Maßnahme auflegen. Diese soll zum 1.2.2021 starten. Um die Probleme mit Belastungen, die in der laufenden Maßnahme aufgetreten sind (vergl. Insider Frühjahr 2019) zu verringern, sollen bei der zukünftigen Maßnahme alle Teilnehmenden zum 1.2.2021 beginnen. Weitere Änderungen zur laufenden Maßnahme sind nicht geplant.

Das Ministerium will sich, nachdem es auf Anregung der GEW und des HPRL die Belastungen in der Weiterbildung angegangen ist, nun auch um die Entlastung der Teilnehmenden und der Mentor\*innen und die

Betreuung an den Schulen kümmern. Der HPRL wird dies genau beobachten. Die Teilnehmenden oder auch die Schulpersonalräte können sich gerne an Ralf Becker ([r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)) von der GEW wenden.

### **BÜA- Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung**

BÜA läuft momentan an über 20 Schulen mit rund 3.500 SuS. Im Frühjahr wurden erste Ergebnisse vorgestellt, die Bilanz ist ernüchternd. Trotz des Klassenteilers von 16 (Bei der BFS sind es 30 SuS in einer Klasse), der zusätzlichen A12-Beförderungsstellen für Netzwerkkoordinator\*innen und des starken Engagements der Kolleg\*innen gibt es keine signifikant höheren Zahlen an Übergängen in Ausbildung nach dem ersten Jahr. Es sind weniger als 20%, geplant waren zwei Drittel.

Im Ministerium beginnt jetzt die Ursachenforschung. Ein Ergebnis dieser Suche ist die Forderung nach einer Zuweisung von 0,2 Stellen pro Klasse für sozialpädagogische Unterstützung. Dies ist bei weitem nicht ausreichend, bei EIBE gab es eine halbe Stelle pro Klasse. Ob der Kultusminister diese Mindestforderung seines Referats übernimmt und ob der Finanzminister dieser dann zustimmt, ist noch nicht geklärt.

### **Lehrpläne Fachschule**

Das Ministerium legte dem HPRL die neuen Lehrpläne für die Fachschule vor (über 1.000 Seiten) mit der Bitte um Stellungnahme innerhalb von vier Wochen. Da nach Wahrnehmung

des HPRL die Lehrpläne in Abstimmung mit vielen betroffenen Schulen entwickelt wurden und aus diesem Prozess keine Beschwerden an den HPRL herangetragen wurden, ging der HPRL davon aus, dass es kaum grundsätzliche Kritik an den Lehrplänen gibt. Er beschränkte sich auf eine kritische Würdigung der Rahmenbedingungen.

Der HPRL forderte gegenüber der Dienststelle die Verschiebung der verbindlichen Einführung der Lehrpläne um mindestens ein Jahr, eine Erprobungsphase der Einführung der Lehrpläne mit Evaluation und eine Fortbildungssondermaßnahme zur Einführung der Lehrpläne. Das Ministerium erläuterte, dass dies mit den betroffenen Schulen erörtert wurde und diese dies nicht für notwendig erachteten. Da aus Schulen hierzu nichts Gegenteiliges vorlag, musste der HPRL dies dem HKM glauben.

Darüber hinaus kritisierte der HPRL die Zuordnung der Lernfelder zu Ausbildungsabschnitten in der Fachrichtung Maschinentechnik, was in anderen Fachrichtungen nicht geschieht. Das Ministerium erklärte, dies sei deshalb so, damit Studierende zwischen den Ausbildungsabschnitten die Fachschulen wechseln können, aber es sei nicht verbindlich, sondern nur eine Empfehlung.

### **Sozialpädagogische Fachkräfte – USF und UBUS**

Obwohl der HPRL erfolgreich mit dem Ministerium die Themen USF und UBUS erörtert hatte und hierdurch sichere

Rahmenbedingungen für die neuen sozialpädagogischen Kolleg\*innen geschaffen wurden, hapert es an der Umsetzung vor Ort. Eine Vielzahl von Anfragen von den neuen sozialpädagogischen Fachkräften, von GEW Vertrauensleuten und von Schulpersonalräten ging bei uns ein. Dabei ist das Meiste in der Richtlinie zu USF (Amtsblatt 8/2014) und in dem Erlass zu UBUS (Amtsblatt 2/2018) geregelt. Nochmals zur Klarstellung: Für UBUS-Kräfte gelten die gleichen Bedingungen wie für USF-Kräfte. Der Unterschied besteht lediglich in der Finanzierung. Es besteht die Möglichkeit, UBUS-Teilstellen zu einer vollen USF-Stelle an der Schule aufzustocken, was von HPRLL und auch vom Ministerium empfohlen wird.

Dass Schulleitungen und Bildungsverwaltung durch die Hintertür die vereinbarten Arbeitsbedingungen der sozialpädagogischen Fachkräfte verschlechtern wollen, macht dann schon äußerst zornig. Hier bleibt uns nur, weiterhin auf den gesetzten Rahmenbedingungen zu bestehen und die Akteure vor Ort zu ermutigen, bei Zuwiderhandeln mit den notwendigen juristischen Mitteln gegen Schulleitungen oder Bildungsverwaltung vorzugehen.

Eine umfassende Broschüre zu USF gibt es bei der GEW unter: [https://www.gew-hessen.de/fileadmin/user\\_upload/bildung/sozpa-ed/150515\\_brA5\\_usf\\_web.pdf](https://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/bildung/sozpa-ed/150515_brA5_usf_web.pdf) oder bei der Redaktion.

Ergänzungen der Broschüre zu UBUS gibt es auch bei der GEW unter: [https://www.gew-hessen.de/fileadmin/user\\_upload/bildung/grundschule/180119\\_leporello10s\\_dinlang\\_ubus\\_web.pdf](https://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/bildung/grundschule/180119_leporello10s_dinlang_ubus_web.pdf) oder bei der Redaktion.

**Ralf Becker**

## Berufseinstiegsbegleitung auch in Hessen fortsetzen!!!

Alle Menschen, die sich mit dem Übergang von Schule in den Beruf befassen, halten eine Begleitung benachteiligter Jugendliche bei diesem Übergang für eine wichtige Voraussetzung, dass dieser gelingt. Die bisherige Berufseinstiegsbegleitung wurde finanziert aus EU-Mitteln und aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit.

Die EU-Mittel laufen 2020 aus. Die BA will auch in Zukunft die Berufseinstiegsbegleitung im bisherigen Umfang finanzieren, wenn das Land die Kofinanzierung übernimmt. Während andere Länder das Angebot der BA annahmen und mit der BA eine Vereinbarung trafen, wurde dies in Hessen abgelehnt. Die GEW Hessen reagierte mit einem offenen Protestschreiben an das zuständige Sozialministerium. Das Schreiben kann bei der Redaktion angefordert werden.

Das zuständige Sozialministerium erklärte, dass es mit der BA nicht mehr weiter verhandeln werde. Es begründete dies damit, dass die BA weiterhin die Rahmenbedingungen bestimmen wolle und dass das Ministerium erfahren habe, dass die bisherige Umsetzung in Hessen durch die BA zu prekären Verhältnissen bei den Beschäftigten und in Folge davon zu schlechten Ergebnissen geführt habe. Dies trifft zwar in einzelnen Bezirken zu, ist aber kein generelles Argument gegen die in vielen Bezirken gut laufende Berufseinstiegsbegleitung.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften schlossen sich

dem Protestschreiben der GEW an. Bei einem Spitzengespräch zwischen DGB und Hessischem Handwerkskammertag wurde das Thema angesprochen und die anwesenden Vertreter\*innen des Handwerks sagten eine Unterstützung der Forderung nach einer Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung zu.

Am letzten Tag vor den Sommerferien gab es ein Treffen im Sozialministerium mit Vertreter\*innen der Gewerkschaften, bei dem es neben weiteren Fragen auch um die Zukunft der Berufseinstiegsbegleitung ging. Das Sozialministerium erklärte, dass es seine Blockadehaltung aufgeben wolle und gerade dabei sei, Forderungen zu den Rahmenbedingungen (Sozialpädagogische Qualifikation, feste Anstellung, gute Bezahlung der Begleiter\*innen etc.) der zukünftigen Berufseinstiegsbegleitung zu entwickeln. Mit denen wolle das Ministerium in Kürze in die Verhandlungen mit der BA gehen. Es ist nun abzuwarten, zu welchen Ergebnissen diese Verhandlungen führen.

Es zeigt sich hier, dass Protest durchaus wirken kann, insbesondere dann, wenn er auf breite Füße gestellt wird. Wenn am Ende neben einer Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung in Hessen noch herauskommt, dass sich die Arbeitsbedingungen der Betreuer\*innen wesentlich verbessern, haben wir vieles richtig gemacht.

**Ralf Becker**

Derzeit werden angesichts des auch bundesweit feststellbaren immensen Sanierungsstaus viele berufsbildende Schulen saniert oder neu gebaut. Was dabei zu beachten wäre, soll im Folgenden in einer ersten Annäherung angesprochen werden.

# LEITLINIEN FÜR LEISTUNGSFÄHIGE SCHULBAUTEN IM BEREICH DER BERUFSBILDENDEN SCHULEN (BBS) IN DEUTSCHLAND

## – Erste Überlegungen

Schulen in Deutschland befinden sich derzeit in erheblichen Transformationsprozessen. Dies betrifft vor allem die pädagogischen Erkenntnisse und Diskussionen und die daraus gewonnenen Prinzipien des Lehrens und Lernens. Das Lernen wird zunehmend als aktiver und interaktiver Prozess begriffen, individualisierende und kooperative Lern- und Arbeitsformen gewinnen an Bedeutung, Lehr- und Lernmethoden und Unterrichtsarrangements werden vielfältiger. Zeitgemäße Schulen ermöglichen unterschiedliche Wege, Orte und Perspektiven des Lernens.

Daneben kamen und kommen auf die Schulen neue Aufgaben zu. Ganztagschulen sind eine Antwort auf veränderte Arbeits- und Lebenswelten der Familien. Durch inklusive Schulen soll Heterogenität anerkannt und Chancengerechtigkeit hergestellt werden. Und nicht zuletzt stellt die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche die Schulen vor neue Herausforderungen. Schulen entwickeln sich mehr und mehr zu

Lebens- und Lernorten.

Diese pädagogischen Wandlungsprozesse ziehen unmittelbar organisatorische Veränderungen nach sich und stellen neue und erweiterte Ansprüche an Schulgebäude, Raumstrukturen und Einrichtungen/Ausstattungen.

Vor diesem Hintergrund erar-

In der Präambel heißt es dazu: „Die Leitlinien bieten einen planerisch, pädagogisch un+++d architektonisch fundierten Orientierungsrahmen für mittelfristige Schulbauinvestitionen und die Aufstellung kommunaler oder regionaler Leitlinien zum Schulbau. Die Leitlinien formulieren Qualitätsstandards, die den veränderten Anforderungen an Schulbauten

gerecht werden und ein zeitgemäßes Lernen und Arbeiten unterstützen. Mit Beschreibungen wichtiger Prinzipien für den Schulbau, Empfehlungen zur räumlichen Organisation, Gestaltung und Ausstattung von Schulen, Hinweisen zu spezifischen Raumbedarfen für ausgewählte Funktionsbereiche sowie Anregungen zur Konzeption von Schulbauprozessen richtet sich diese Publikation an alle am Schulbau beteiligten Gruppen.“



beiteten die Montags-Stiftungen Urbane Räume sowie Jugend und Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Bund Deutscher Architekten BDA und dem Verband Bildung und Erziehung VBE „Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland“ und legten diese 2013 vor.

Außerdem erschien - auch von der Montagsstiftung- 2017 das umfangreiche Werk „Schulen planen und bauen 2.0“ (x).

Allerdings beziehen sich die „Leitlinien“ explizit auf die

allgemein bildenden Schulen. Gleichwohl sind die dort beschriebenen Prinzipien, Empfehlungen sowie Anregungen auch auf die Berufsbildenden Schulen (BBS) anwendbar.

Daneben und darüber hinaus gibt es aber aufgrund der Eigenarten und Strukturen der BBS spezifische Anforderungen an Schulgebäude und Raumstrukturen – natürlich auch an Ausstattungen -, die in den „Leitlinien“ nicht berücksichtigt sind.

**Diese spezifischen Anforderungen sollen im Folgenden in einer ersten Annäherung benannt werden.**

+ BBS haben einen hohen Anteil an berufsbezogenem Unterricht, der – je nach Berufsfeld und Schulform unterschiedlich gewichtet – auch in Werkstätten, Fachräumen und Laboren stattfindet. Für diese Räume stellt sich sofort eine Reihe von Fragen, die nach pädagogischen Erwägungen räumlich-organisatorisch unterschiedlich gelöst werden können wie z.B.

- Soll das Fachraumkonzept gemäß dem Lernfeldkonzept Theorie und Praxis integrierend zulassen oder sollen die beiden Bereiche räumlich getrennt sein, eventuell unterschiedlich nach Berufsfeldern?
- Soll die Wertschöpfungskette das didaktische Strukturierungskonzept sein?
- Sind die Bereiche hinsichtlich des Erwerbs von beruflicher Handlungskompetenz mit Ausstattungen und Raumstrukturen sowohl zeitgemäß wie auch offen für Veränderungen?
- Welche Anforderungen ergeben sich hinsichtlich der Begriffe Multifunktionalität, Flexibilität und Transparenz?

- Was bedeutet für die jeweiligen Bereiche die Aussage, dass die Digitalisierung alle Lebens- und Arbeitsbereiche durchdringen wird? Was bedeutet das insbesondere für den Werkstattbereich, die Räume und die Ausstattungen?
- Können und sollen Bereiche von mehreren Berufsfeldern und/oder mehreren Schulformen gemeinsam genutzt werden?
- Sind die Arbeitsplätze Einzelne oder sollen sie auch Partner- und Gruppenarbeit zulassen oder gar fordern?
- Lassen die Bereiche inklusives Arbeiten und Lernen zu?
- Lassen die Bereiche differenziertes, individualisiertes und kooperatives Arbeiten und Lernen zu?
- Lassen die Bereiche die Umsetzung des Konzepts der „vollständigen Handlung“ zu?
- Sollen Außenbereiche eingerichtet werden und wenn ja, wie und wofür?

- Gibt es Aufenthalts- und Lern-ecken für Schüler\*innen?
- Wo sollen die Räume der Lehrpersonen sein und wie sind sie zu gestalten?
- Etc.

+ An den BBS gibt es eine Vielzahl von Schulformen mit jeweils unterschiedlichen Klassen- und Gruppengrößen, Stundentafeln, Praxisanteilen, Zielen und Abschlüssen, Altersspannen sowie mitgebrachten Voraussetzungen und Erfahrungen. Am Beispiel für Hessen werden die Bereiche und Schulformen dargestellt. Sie gelten –in Nuancen unterschiedlich – auch in den anderen Bundesländern.

Es gibt prinzipiell 5 Bildungsbereiche:

- **Bildungsgänge der Berufsvorbereitung** (Berufsvorbereitungsjahr, EU-geförderte Bildungsgänge, Integrationsklassen, Sonderklassen, Arbeitsamtmaßnahmen etc.)

### GEW-Studie Schulbauten Hessen

Es gibt große Unterschiede, wie viel Geld die Kreise und kreisfreien Städte in Hessen für Bau und Sanierung ihrer Schulen ausgeben. Das ist das Ergebnis einer Studie der GEW Hessen. Darin wurden für jeden Schulträger die jährlichen Bauinvestitionen sowie die Instandhaltungskosten pro Schülerin/Schüler von 1992 bis 2017 dargestellt. Grundlage der Studie war eine Sonderauswertung durch das Hessische Statistische Landesamt sowie eine Abfrage bei den Schulträgern. GEW-Vorsitzende Birgit Koch forderte die Landespolitik zum Handeln auf: „Wir haben gezeigt, dass es in Hessen große regionale Diskrepanzen bei den Ausgaben im Bereich der Schulgebäude gibt. Wir fordern die Politik auf, den Investitionsstau im Schulbereich detailliert zu ermitteln und innerhalb von 10 Jahren zu beseitigen. Die vom Land aufgelegten Investitionsprogramme sind dazu viel zu klein und auch nicht zielgenau. Es kann nicht sein, dass der schulische Alltag in einem reichen Bundesland für die Lehrkräfte wie für die Schülerinnen und Schüler durch kaum zumutbare bauliche Bedingungen massiv beeinträchtigt wird.“ Die Studie kann unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) herunter geladen werden.

- **Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung** (Berufsbildungsjahr, 2-jährige Berufsfachschule zum Mittleren Abschluss, 1-jährige Höhere Berufsfachschule aufbauend auf dem Mittleren Abschluss)

- **Bildungsgänge der Berufsausbildung** (Berufsschule als Teil der dualen Ausbildung, Vollschulische Berufsausbildung nach Landesrecht)

- **Studienqualifizierende Bildungsgänge** (Fachoberschule, Berufliches Gymnasium)

- **Bildungsgänge der Weiterbildung** (Fachschulen unterschiedlicher Dauer und Zielsetzung)

Angesichts dieser Vielfalt ergeben sich Fragen wie:

- ♦ Können Lernräume von mehreren Schulformen genutzt werden oder brauchen bestimmte Schulformen wie z.B. Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschule zum Mittleren Bildungsabschluss auch eigene Klassenräume oder Cluster, die sie selbst gestalten und in Besitz nehmen können?
- ♦ Können Lernräume von mehreren Berufsfeldern oder auch Berufen gemeinsam genutzt werden?
- ♦ Welche Konsequenzen räumlich-organisatorischer Art haben die unterschiedlichen Klassen- und Gruppengrößen in den jeweiligen Schulformen (z.B. Höchstgrenze 16 in Berufsvorbereitungsklassen, 30 in Fachoberschule oder Berufsschule plus Teilungen im „fachpraktischen“ Unterricht etc.)?

- ♦ Wie sind Räume zu bilden und auszustatten, die individuelles und kooperatives selbstständiges Arbeiten und Lernen zulassen und herausfordern?

+ Die Altersspanne an den BBS erstreckt sich von 15 (z.B. Berufsvorbereitungsjahr) bis ca. 40 Jahren (z.B. Fachschulen). Hat diese enorme Spreizung Auswirkungen auf unterschiedlichen Raumbedarf und Einrichtungen?

+ Die Räume mit teuren Einrichtungen in den BBS in Werkstätten, Fachräumen und Laboren werden in der Regel nachmittags, abends, an den Wochenenden und in den Ferien nicht genutzt. Dies ist eine eigentlich nicht zu tolerierende Verschwendung von Steuergeldern. Zu klären ist demnach, inwieweit diese Räume über die schulische Nutzung hinaus auch von außerschulischen Institutionen genutzt werden können und was das dann für die räumliche Situation (z.B. Zugang etc.), die Organisation und auch eventuell für eine Mitfinanzierung bedeutet.

+ Es gibt in manchen Bundesländern (z.B. in Hessen im Projekt HESSENCAMPUS) die Entwicklung, bei Sanierungen und Neubauten von BBS staatlich/kommunale Institutionen der Erwachsenenbildung wie VHS oder Schulen für Erwachsene räumlich in die

BBS zu integrieren. Damit können Synergieeffekte erreicht sowie Bildungsangebote gemeinsam entwickelt und abgestimmt angeboten werden. Auch solche Entwicklungen sind räumlich-organisatorisch zu berücksichtigen bzw. zumindest räumlich-organisatorisch offen zu halten und evtl. mögliche Mitfinanzierungen zu berücksichtigen.



Es wäre toll, wenn zu all diesen Fragen und Ausführungen eine öffentliche Diskussion im Insider in Gang kommen könnte. Dazu lade ich alle herzlich ein.

*Dieter Staudt*

Im nächsten Insider soll die sog. Phase Null näher beleuchtet werden, also die Phase, die einer jeden Planung zur Sanierung oder auch zum Neubau vorausgehen sollte und alle Beteiligten und v.a. die Nutzer aktiv beteiligt. Außerdem sollen Beispiele gelungener Sanierung oder Neubauten vorgestellt werden.

(x) + Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland ISBN: 978-3-00-043921-6  
+ Schulen planen und bauen 2.0 – Grundlagen, Prozessen, Projekte ISBN 978-3-7727-1168-8

# GEW: „MEHR GELD FÜR BILDUNG! BESSERE LERN- UND ARBEITSBEDINGUNGEN“

*Vorsitzende Tepe zum „Tag der Arbeit“*

**F**rankfurt a.M. – Für mehr Geld für die Bildung sowie bessere Lern- und Arbeitsbedingungen hat sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) stark gemacht. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe hat am „Tag der Arbeit“ in Frankfurt a.M. die „vier Großbaustellen im Bildungsbereich“ vorgestellt. Sie warb um Unterstützung, die Herausforderungen mit Blick auf die beste Bildung für alle Kinder und Jugendliche zu lösen.

**„Baustelle Nummer 1** ist der Fachkräftemangel. Schon jetzt fehlen bundesweit in den Kindertagesstätten etwa 100 000 Erzieherinnen und Erzieher. An den Schulen sind tausende Stellen nicht besetzt, weil in den vergangenen Jahren viel zu wenige Lehrkräfte ausgebildet worden sind“, betonte Tepe während ihrer Rede auf dem Frankfurter Römer am „Tag der Arbeit“. Um den Fachkräftemangel an Kitas und Schulen zu bekämpfen, müssten die pädagogischen Berufe attraktiver werden. Dazu müssten die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung insbesondere der Erzieherinnen und der Grundschulkehrkräfte verbessert werden.

**Baustelle Nummer 2** im Bildungswesen sei die soziale

Ungerechtigkeit. „Bildungserfolg hängt in Deutschland viel stärker als in anderen Staaten von der Herkunft ab. Die Kinderarmut steigt. Kinder aus armen Verhältnissen, Kinder, deren Eltern keine Ausbildung hatten, und Kinder mit Migrationshintergrund haben schlechtere Chancen auf Bildungserfolg“, unterstrich Tepe. „Das dürfen und wollen wir nicht akzeptieren: Kitas und Schulen in benachteiligten Stadtteilen müssen zusätzlich unterstützt, die Ganztagsangebote in Krippen, Kitas und Schulen ausgebaut werden.“

**Baustelle Nummer 3:** Tepe setzte den Fokus auch auf die maroden Bildungseinrichtungen:

den Hochschulen auf annähernd 50 Milliarden. „Mit den 3,5 Milliarden Euro, die die Bundesregierung in den nächsten drei Jahren für die Sanierung der Schulen ausgeben will, kommen wir da nicht weit. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein!“, hob die GEW-Vorsitzende hervor.

**Baustelle Nummer vier:** die Digitalisierung. „Gegenüber anderen Ländern liegen wir noch weit im Rückstand. Wir wollen gute Bildung und Kompetenz für die digitale Zukunft“, sagte Tepe. „Dafür brauchen wir Geld und Qualifizierung, aber auch Zeit, gemeinsam nachzudenken. Denn wir dürfen uns nicht von den Googles, Facebooks und Apples steuern lassen. Wir wollen unsere Wege selbst bestimmen.“ Dafür müssten Schulen, Berufsschulen und Hochschulen unabhängig bleiben. „Der Digitalpakt ist eine Hilfe, er muss vernünftig und nachhaltig umgesetzt werden. Aber auch hier sind die Finanzhilfen des Bundes für die Länder und Kommunen bei weitem nicht ausreichend“, betonte Tepe.



*Wie heißt der ältere Herr mit der roten GEW-Kappe im Vordergrund und wie alt ist er?*

„Wir wollen es nicht weiter zulassen, dass in den Klassenzimmern der Schimmel die Wände hochkriecht und die Schultoiletten verstopft sind.“ Der Investitionsstau an Schulen sei auf „unvorstellbare 47,7 Milliarden Euro“ angewachsen, in den Kitas auf 7,6 Milliarden und bei

**Z**ur besseren Finanzierung der Bildung schlug sie vor, in der Steuerpolitik umzusteuern. Die GEW-Vorsitzende mahnte an, die Vermögensteuer wieder einzuführen und die Erbschaftsteuer zu reformieren.

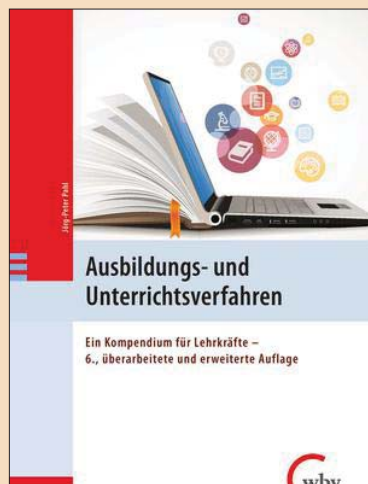
# neue Publikationen

**Jörg-Peter Pahl**

## **Ausbildungs- und Unterrichtsverfahren**

- Kompendium für Lehrkräfte in  
Schule und Betrieb -

In diesem Buch finden sich über achtzig Ausbildungs- und Unterrichtsverfahren für berufliches Lehren und Lernen. Bei vielen der vorgestellten Konzepte wird das Lerngeschehen durch arbeits- und sachgebietsspezifische Verlaufsphasen strukturiert. Mit diesem Kompendium erhalten Studierende und Lehrkräfte, die im Interesse eines abwechslungsreichen Lernprozesses traditionelle Vermittlungsformen aufbrechen und Neues ausprobieren möchten, eine umfangreiche Arbeitsgrundlage. Die vorgestellten Verfahren sind an modernen didaktischen Leitbildern – wie Handlungs-, Prozess- und Gestaltungsorientierung – ausgerichtet.



ISBN 978-3-7639-6050-7

**Andreas Schleicher**

## **Weltklasse**

- Schule für das 21. Jahrhundert  
gestalten -

Die Schulen von morgen werden den Schülerinnen und Schülern helfen müssen, selbstständig zu denken und anderen mit Empathie zu begegnen – im Arbeitsleben und als mündige Bürger. Dazu gehört auch, ein ausgeprägtes Rechtsbewusstsein und Verständnis für die Bedürfnisse anderer Menschen zu entwickeln. Wie können die Schulen das gewährleisten? Schleicher zeigt in diesem Buch zahlreiche Erfolgsbeispiele auf, aus denen wir lernen können. Da-



bei geht es nicht darum, vorgefertigte Lösungen aus anderen Schulen bzw. Ländern zu übernehmen. Ziel ist vielmehr die ernsthafte und unvoreingenommene Auseinandersetzung mit empfehlenswerten Praktiken aus dem In- und Ausland, um herauszufinden, was unter welchen Bedingungen funktioniert.

ISBN 978-3-7639-6022-4

**Reinhold Hedtke**

## **Das Sozioökonomische Curriculum**

Sozioökonomische Bildung ist sozialwissenschaftlich informierte Bildung am Beispiel des Gegenstandsbereichs Wirtschaft.



Das Buch zeigt, was sozioökonomische Bildung inhaltlich bedeutet und macht konkrete Vorschläge zur unterrichtlichen Umsetzung, die empirisch, theoretisch und praktisch begründet werden. Das Buch präsentiert ein Curriculum zum Gegenstandsbereich Wirtschaft, das erstmals umfassend und differenziert auf den gegenwärtigen Stand der sozialwissenschaftlichen Wirtschaftsforschung und Fachdidaktikwissenschaft Bezug nimmt. Lehrkräfte, die junge Menschen bei der Orientierung über Wirtschaft und der Entwicklung ihrer Persönlichkeit kompetent begleiten wollen, erhalten hier fundierte Grundlagen und zahlreiche Anregungen.

ISBN 978-3-7344-0730-7



# KRITIK DER KRITIKER

## Plädoyer für eine Pädagogikprofessur inhaltlicher Parteilichkeit unter Bedingungen einer Zukunft digitaler Parameter

### Vom Kopf auf die Füße

Wir sind die Guten, so hätte die Überschrift einer Kritik im „Insider 1/2019“ (S. 18 f.) lauten können, mit dem sich die Letzten einer sogenannten „Montags-Gruppe“ gegen die Neubesetzung einer Pädagogikprofessur im Fachbereich Humanwissenschaften der Technischen Universität Darmstadt zu Wort meldeten. Grund ihrer Einlassungen ist das Profil der geplanten Ausschreibung, in dessen Zentrum „Unterricht und Lernen im Kontext der Digitalisierung in Forschung und Lehre“ stehen soll. Ihr Hauptvorwurf impliziert, dass die inhaltliche Ausrichtung des damit einhergehenden Studienangebots der Tradition einer kritischen Pädagogik, der von Hans-Jochen Gamm, Gernot Koneffke und Peter Euler, final widerspricht. Doch stimmt das, ist dem zwangsläufig so? Um der Beantwortung der damit verbundenen Fragen nachzugehen, sind die von ihnen zwei Vertretern gemachten Annahmen und die daraus abgeleiteten Konsequenzen erstens anhand des berufsbiographischen Ausgangspunktes, zweitens des technologiebezogenen Gegenwartsbezuges und drittens des emanzipativen Gestaltungsanspruchs zu prüfen.

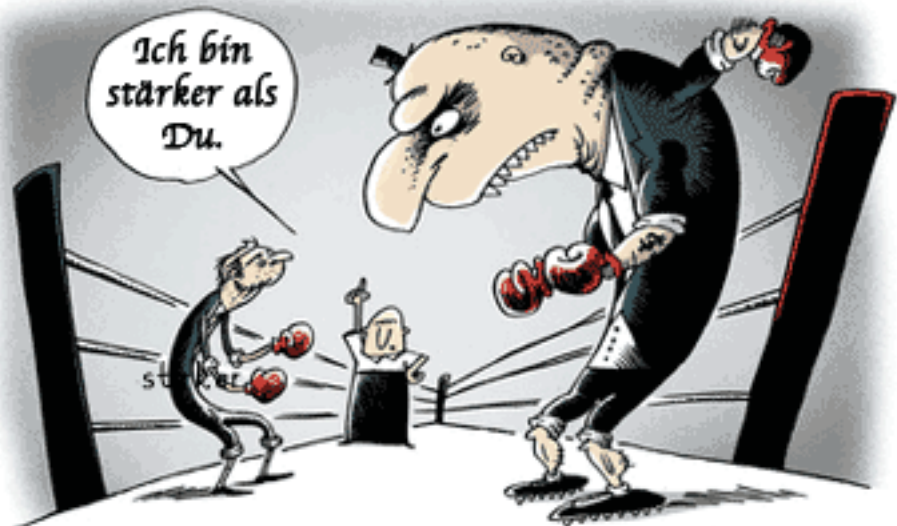
über das „Verhältnis von Bildung und Gesellschaft“ ab. In diesem lebensbegleitenden Prozess haben sie gelernt, die „Wechselwirkung zu unserem schulischen Alltag engagiert und kritisch zu reflektieren“, aus dem sich im Gegenwartsbezug die eigene Urteilsfähigkeit ableitet. Mehr Gewicht soll ihrer Ablehnung mit dem Einbezug einer vorhandenen „Wir-Gruppe“ gegeben werden, mit der „Montags-Gruppe“, deren verbindendes Merkmal es ist, dass ihre Mitglieder wesentliche Teile des Lehramtsstudiums im Fachbereich Pädagogik absolviert haben. Die dort und später als Lehrende gemachten Erfahrungen einer selbst erlebten Vergangenheit überführen sie direkt in eine von eigenen Be-

zwar bereits ihr Anliegen, ist aber nicht hinreichend, um die gemachten Aussagen vom Kopf auf die Füße zu stellen.

### Vom Gedächtnis zur wahren Geschichte

Wie war das denn damals? Der in den 1970er Jahren gewerkschaftlich organisierte, sich unter den Vorzeichen der Zeit so nennende „Zentralrat“ der Gewerbelehrerstudenten an der Technischen Hochschule Darmstadt schickte seine Kandidaten und Kandidatinnen in alle Hochschulgremien, um von dort aus auf die Hochschulpolitik Einfluss zu nehmen. Ihm ging es um Transparenz und Partizipation.

### Lassen Sie sich von Ihrem Kritiker



**nicht einschüchtern!**

Die Legitimation ihres problematischen Ansatzes leiten die Autoren aus dem eigenen Bildungsgang, ihrem nach eigenen Worten über fünfzigjährigem Nachdenken

denken besetzte Zukunft. Dies löst Unbehagen bei all jenen aus, die darum wissen, dass Erinnerungen immer trügerische Gewissheiten des Gedächtnisses sind. Dies relativiert

Dies war zeitverzehrend und konfliktreich, aber auch solidaritätsfördernd und ermutigend, theoriebasiert ein learning by doing.

**G**leichzeitig organisierten die Mitglieder des „Zentralrats“ in Zusammenarbeit mit den Professoren Tutorien, in denen die schulpraktischen Studien der Lehramtsstudierenden inhaltlich und methodisch vor- und nachbereitet wurden. Gelesene und vordiskutierte Texte von Theodor W. Adorno, Siegfried Bernfeld, André Gorz, Martin Wagenschein und anderer waren dafür die Basis. Diese Veranstaltungen sollten neben anderem das begrifflich-gedankliche Rüstzeug liefern, um reflektiert und kritisch gegenüber dem Lehr- und Lernkanon im Studium agieren zu können und auf eine Praxis vorbereiten, die herausfordert, in ihr diagnostizierend, analytisch und intervenierend tätig zu werden.

**D**arüber hinaus fuhren Zentralratsmitglieder nach Frankfurt am Main, um in einer leerstehenden Schule eigenverantwortlich zusammen mit Studierenden der Goetheuniversität Auszubildende zu unterrichten, die in den städtischen Betrieben sich einen zweiten Berufsschultag erkämpft hatten. Auch dieser beruflich orientierte Fachunterricht wurde technikwissenschaftlich und fachdidaktisch im studentischen Diskurs der im „Zentralrat“ eingebundenen Lerngruppen von Studenten und Studentinnen vor- und nachbereitet. Das schulte eine bildungspolitische Grundhaltung, die dem „Prinzip der Parteilichkeit“ folgte.

**D**ieser Zusammenhang des bereits im Studium angegangenen Anspruchs der Verbindung von pädagogischer Theorie und unterrichtlicher Praxis ging im Verlauf der 1970er Jahre in der organisierten Studenten- und Studentinnenschaft des Fachbereichs zunehmend verloren. Statt eines Brückenschlags zwischen Lehramtsstudierenden und den Hochschullehrenden, der Differenz zwischen Lehren und

Lernen begann sich zunehmend eine Etablierung der „Halbbildung“ im Fachbereich Pädagogik einzurichten, die sich inhaltlich unter anderem an Aristoteles, Jan Comenius, Immanuel Kant und Wilhelm v. Humboldt orientierte. Selbstisolierend gefangen in einer angenommenen ideologischen Überlegenheit wurden sie immer weniger zum Teil eines gemeinsamen Bildungsprozesses, der die systemischen Probleme der Gesellschaft in Angriff nehmen wollte. Das war wohl die Geburtsstunde der in dem veröffentlichten Protestschreiben umschriebenen „Montags-Gruppe“.

**F**atal ist es aber nun, was von ihren Angehörigen aus der Vergangenheit blieb, denn sie projizieren die Erfahrungen unreflektiert in eine Zukunft, die an den heute bereits eingetretenen Realitäten einer Bolognaform, der inhaltlichen Weiterentwicklung des Fachbereichs Humanwissenschaften und dem Professionalisierungsbedarf zukünftiger Pädagogen und Pädagoginnen vorbeigt. An ihnen ist allem Anschein nach die Welt der Produktivkraftentwicklung wahrscheinlich schon im Studium, aber sicherlich später, nun - ganz offensichtlich - unter dem Eindruck der Sisyphusarbeit auf Feldern des lebensbegleitenden Lernens abhandengekommen. Rückblickend werden ihre eigene Motivation zum Beruf und die Möglichkeiten des aufklärerisch und emanzipatorisch wirkenden Lehrerhandelns in ein negativ anmutendes Licht gestellt.

### **Vom analogen Denken zur Verantwortung im Digitalen**

**B**esser wäre es gewesen, wenn die sich selbst zu Vertretern der gesamten Lehrer- und Lehrerinnenschaft ermächtigten Protagonisten, [helmut.weick@t-online.de](mailto:helmut.weick@t-online.de) und [J.sicars@t-online.de](mailto:J.sicars@t-online.de), zusammen mit der „Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.“ sich hingesezt

und analog den Text einer eigenen Ausschreibung entworfen hätten. Mit ihr wäre unter den Vorzeichen des digitalen Zeitalters die Ausschreibung einer Professur so zu profilieren gewesen, dass sie in bildungspolitischen Diskursen ihren Ansprüchen nach eindeutigen Bezügen zu systemischen Ungleichheiten in der Gesellschaft und zu Entwicklungen kompensatorischer Gegenstrategien entsprochen hätte. Statt einer konstruktiven Einlassung liest man aber nun nur den Ausdruck einer destruktiven Verweigerung. Das ist kein Modell für zukünftige Pädagogen und Pädagoginnen.

**D**en Beiden dürfte in den letzten Jahrzehnten bei aller selbstreferentiellen Diskussion nicht entgangen sein, dass mit Industrie/Arbeit 4.0 eine neue Generation der Kapitalverwertung an den Start gegangen ist, deren Produktionsmittel andere Qualifikations- und Kompetenzzuschnitte vom technischen und kaufmännischen Personal in Betrieben und Verwaltungen benötigt. Diese von technischen Brüchen begleiteten Beschäftigten sind darauf durch Bildung vorzubereiten, um ihr Einkommen, ihren Status und ihre kulturelle Teilhabe zu verbessern sowie über Wirtschaftskrisen hinweg ihre Existenz zu sichern.

**E**rprobt und angeleitet werden die Schüler und Schülerinnen und Auszubildenden unter anderen mit den die Lehrenden- bzw. Auszubildendenarbeit unterstützenden Lernprogrammen am Computer und Simulationsprogrammen der „Augmented Reality“. Hardware von Smartphones und Tablets sowie Software der Algorithmen und Social-Media kommen den Lehrenden in den anzuleitenden Lernprozessen von Seiten der Jugendlichen entgegen, da diese deren tagtäglichen Umgang mit den Möglichkeiten im Konsum- und Freizeitverhalten

widerspiegeln. Ist ihre Herkunft aus sozial benachteiligten Familien, so ist bekannt, dass sie zu Hause fast doppelt so viele Bildschirmzeiten vor Fernsehern, Spielkonsolen und weiteren Medienangeboten als die jungen Menschen aus anderen sozialen Schichten verbringen. Hier nur angedeutet, verweist diese nachgewiesene Nutzung auf die Möglichkeit inhaltlicher Manipulation durch Medienkonzerne und andere politisch Einfluss nehmende Kräfte.

Die Autoren des Protestschreibens haben nicht nur diese Parameter -sondern noch gravierender - neben den Signalen der DIDACTA auch ausgeblendet, dass alleine die Bundesregierung und die Bundesländer in Form eines Digitalpakts fast fünfzehn Milliarden EURO zur Verfügung gestellt haben, um die technische Ausstattung der Schulen zu verbessern. Ein Teil des Geldes soll auch in die Aus- und Weiterbildung der Lehrer und Lehrerinnen gehen. Dieses Geld ist gut angelegt, denn spätestens seit der Studie „Visible Learning“ von John Hattie und für Deutschland von Klaus Zierer weiß die bildungspolitische Administration und die pädagogische Community, dass schulischer Erfolg ganz maßgeblich von dem alltäglichen Engagement der Lehrer und Lehrerinnen abhängt.

Nun müssen die pädagogisch Verantwortlichen den eigenen Kenntnisstand umsetzen, um mit diesem Wissen bereits in der ersten Phase der Lehrer- und Lehrerinnenbildung anzuleiten, wie, wo, wann und warum die digitalen Medien wirkungsvoll und erfolgreich ein wichtiger Teil davon sind. Deshalb: um das in der Ausschreibung eingelagerte Ziel der Mündigkeit aufrecht zu erhalten, ist von den Studierenden und Lehrenden an der Hochschule Mühe darauf zu verwenden, was das inhaltlich konkret gemacht heißen soll.

### Vom Aufklärungsbedarf zu Bildungsstrategien

Die hier nur skizzierten Entwicklungen sollen nach Auffassung der Kritiker der Ausschreibungsmodalitäten im Fachbereich Humanwissenschaften zukünftig keine Abdeckung des Aufklärungsbedarfs im Lehramtsstudium generieren? Diese Verweigerung des Auftrags von universitärer Forschung und Lehre würde die Betroffenen darum betrügen, den technologischen und datenrechtlichen Tatsachen der fortschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche pädagogisch, didaktisch und methodisch nichts entgegenzusetzen, die Phänomene nicht auf den Begriff von Bildung bringen zu können.

Solch einer Position der argumentativ verordneten Unmündigkeit ist ganz entschieden entgegenzutreten, denn immerhin wären bei Übernahme dieser Ansicht nach Angaben des „Zentrums für Lehrerbildung“ an der Technischen Universität Darmstadt im Wintersemester 2018/2019 ca. 1240 eingeschriebene Gesamtstudierende für das Lehramt davon betroffen.

Eine andere Strategie ist hier einzuschlagen: Es sind im wissenschaftlich angelegten Universitätsstudium aus Verantwortung gegenüber einer mitzugestaltenden Zukunft für sie Bildungswege und Curricula zu entwickeln, innerhalb derer die Bachelor- und Masterabsolventen und –absolventinnen für einen selbstbestimmten und kritischen Umgang mit digital vermittelten Programmen und dafür erforderliche Endgeräte qualifiziert werden. Die zukünftige Professorin- oder Professorinnenstelle soll die Studierenden zu rasonierendem Verstehen und reflektiertem Denken befähigen, sich pädagogisch in der digitalen Welt technisch und

programmatisch sicher zu bewegen, und Persönlichkeitsrechte wirksam zu schützen. Nicht die Ablehnung neuer Technologien, sondern das Diktum des souveränen Umgangs und den zu entwickelnden Handlungsstrategien setzen die Differenz von Realität und Schein ins Zentrum pädagogisch-didaktischer Modelle. (Vgl. [www.solidarische-moderne.de](http://www.solidarische-moderne.de): Offensive für eine solidarische Bildung...)

Eingeforderte ganzheitliche Bildung der Produktivkräfte, die sich nur biographisch über lange Zeiträume einlösen kann, wird dadurch gestützt. Das ist ein Plädoyer für die Ausschreibung und die Hoffnung auf eine Studierenden-generation, von der die Bewerber und Bewerberinnen auf diese Stelle daraufhin befragt werden sollten, ob sie den Ansprüchen einer kritischen Pädagogik im Anschluss an eine vorangegangene Hochschullehrendengeneration gewachsen sind. Das wäre eine Gewinn für die Studenten und Studentinnen, denn die sie erwartenden sozialpsychologischen, technischen und ideologischen Herausforderungen sind in den Bildungseinrichtungen unter den Bedingungen globaler Warenströme, internationaler Finanzkrisen und zunehmender Migrationsbewegungen gewachsen. Wer sich dem in Lehre und Forschung stellt, der zählt zu den Guten und macht Hoffnung, die gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse verstärkt zum Tanzen zu bringen - zumindest dort, wo auf dem langen, von Widersprüchen gepflasterten Weg der Wirklichkeit mitgestaltendes Engagement geboten ist: und dies solidarisch an Ort und Stelle.

*Dr. Harry Neß  
Assoziierter Wissenschaftler am  
DIPF \ Leibniz-Institut für  
Bildungsforschung und Bildungs-  
information; GEW-Mitglied*



# „DEMOKRATIE LEBEN!“ – ein Bundesprogramm mit Möglichkeiten

Nicht für die Aktivitäten der Regelschule, wohl aber für viele Alternativen in Verbindung mit dem schulischen Förderverein bietet dieses Bundesprogramm ein ideales

renen Kleinkommunen sind nicht nur möglich, sondern erwünscht.

Die Programmstruktur ist transparent, die Antragsteller – also auch schulische Fördervereine – erhalten eine gute Beratung und Hilfen bei der Abrechnung. Im Falle der Befürwortung des beantragten Vorhabens wird der Antragsteller gebeten, das Projekt durchzuführen und die entstandenen Kosten bei der Koordinierungsstelle der Kommune abzurechnen.

dinierungsstelle etabliert, die sowohl bei der Antragstellung als auch bei der Durchführung der Projekte begleitend tätig sein kann. Der Autor ist in Butzbach und Schotten engagiert und kann darauf hinweisen, dass das Programm von schulischen Fördervereinen gerne in Anspruch genommen und damit die Durchführung guter Projekte erst möglich wird. Hierzu gibt auch die nachfolgend genannte Homepage Auskunft:

[www.butzbach.lebt-demokratie.de](http://www.butzbach.lebt-demokratie.de).

**So sind in der Vergangenheit u.a. folgende Projekte unterstützt worden:**

Die Ausstellung „Mensch, du hast Recht(e)!“; „Messer – Werkzeug oder Waffe!?“ in Zusammenarbeit mit der Polizei, Fahrten zum Point Alpha an die ehemalige Zonengrenze, Theater gegen Mobbing, Erwerb von gebrauchten Laptops für die Schülervertretung, Sportveranstaltungen mit Geflüchteten mit partizipativem Anspruch, Stolper-



Berufsschülerinnen und -schüler aus Butzbach besuchen die vom Programm finanzierte Ausstellung der Anne Frank-Stiftung

Miteinander, um Projekte und AGs, z.B. der Schülervertretungen, finanzieren zu können.

Das Programm fördert zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie, Vielfalt und gegen Extremismus auf kommunaler Ebene. Es zielt auf eine Weiterentwicklung der präventiven-pädagogischen Praxis ab. Es richtet sich u.a. auch an Kinder und jugendliche Erwachsene, ebenso jedoch auch an das elterliche Umfeld.

Die erste Dekade endet nach fünf Jahren dieses Jahr, Anträge zur zweiten Dekade für die nächsten fünf Jahre sollten Anfang August von den Kommunen für das Jahr 2020 gestellt werden. Die Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern sind beim Bundesministerium antragsberechtigt, Verbände von meh-

Für alle Antragsteller in der Kommune stehen im Jahr 55.000,- € zuzüglich 10.000,- € für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung, über 7.000,- € entscheidet das zu bildende Jugendforum eigenständig über die Verausgabung der Mittel. Im Jugendforum können und sollten sich auch die Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen engagieren. Sie können sich in den Begleitausschuss wählen lassen und somit auch über alle Anträge mit abstimmen.

Als Projektberater ist in dem benannten Programm eine externe Koor-



Messerworkshop in Kooperation mit Wolfgang Schulz von der Polizeidirektion Wetterau

steinverlegung, Veranstaltungen zu „No Hate Speech!“, interkultureller Mädchenworkshop, Veranstaltungen zu dem Thema Fairness in Verein und Schule, Veranstaltungen zu dem Thema „Klassenrat“, Veranstaltungen zum Themenfeld „Vormärz und 1848er Revolution“ aber auch Veranstaltungen zum Thema „Wie nahe ist der Nahe Osten – Antizionismus

und Antisemitismus in der Schule“.

Aktivitäten zu den Themenfeldern Wahl, Europawahl, Gewaltprävention, Ausgrenzung, Demokratiebildung – auch im weiteren Sinne – sind in diesem Programm förderfähig.

Die benannte Homepage gibt

zudem Aufschluss über alle Anträge seit 2015 in Butzbach, über die Presseaktivitäten und aktuellen Projekte inkl. einer Bildergalerie. Bei Fragen hilft Ihnen gerne die NachSchule weiter. Zu erreichen ist sie unter [loewenbein@nachschiule-wetterau.de](mailto:loewenbein@nachschiule-wetterau.de).

*Aaron Löwenbein*

# MATHEMATIK UND IDEOLOGIE

**A**ktuell fand ich im SPIEGEL-ONLINE einen interessanten Beitrag zum Problem mit den Mathe Aufgaben im Abitur insbes. in Bayern.

<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/mathematik-abitur-2019-diese-aufgaben-waren-angeblich-zu-schwer-a-1266022.html>

**A**ls ich die Aufgabe gelesen habe, habe ich doch nicht schlecht gestaunt. Was da so an Werthaltung drin steckt, liest sich

fast schon zynisch.

Da geht es zwar auch um Mathematik, aber die Aufgabenstellung verdeutlicht doch sehr eindeutige Machtverhältnisse und Lohnabhängigkeit in stiller Demut. Wenn da nicht die nötigen Prozente erbracht werden, dann hat das Konsequenzen.

Abitur-Abbild gesellschaftlicher Verhältnisse im Kapitalismus! Klasse, oder? Aber na ja, was soll man denn erwarten, vor allem in Bayern. Dennoch, ich hab mich doch ein wenig erschrocken über diese Art

der - aus meiner Perspektive betrachteten - Indoktrination.

Lächerlich nur: es geht hier um eine Art Kirmesveranstaltung mit Losbuden. War mir völlig neu, dass die jetzt auch so kalt betriebswirtschaftlich durchkalkulieren..... :)

Kann aber durchaus sein, dass es eine Art von Humor des Erstellers der Aufgabe ist, die ich nicht richtig verstehe.

*Rolf Daniel*

## Stochastik Aufgabe 1 (Originaltext aus Bayern)

Bei einer Losbude wird damit geworben, dass jedes Los gewinnt. Die Lose und die zugehörigen Sachpreise können drei Kategorien zugeordnet werden, die mit „Donau“, „Main“ und „Lech“ bezeichnet werden. Im Lostopf befinden sich viermal so viele Lose der Kategorie „Main“ wie Lose der Kategorie „Donau“.

Ein Los kostet 1 Euro. Die Inhaberin der Losbude bezahlt im Einkauf für einen Sachpreis in der Kategorie „Donau“ 8 Euro, in der Kategorie „Main“ 2 Euro und in der Kategorie „Lech“ 20 Cent. Ermitteln Sie, wie groß der Anteil der Lose der Kategorie „Donau“ sein muss, wenn die Inhaberin im Mittel einen Gewinn von 35 Cent pro Los erzielen will.

## Stochastik Aufgabe 2 (Originaltext aus Bayern)

Die Inhaberin der Losbude beschäftigt einen Angestellten, der Besucher des Volksfests anspricht, um diese zum Kauf von Losen zu animieren. Sie ist mit der Erfolgsquote des Angestellten unzufrieden.

Die Inhaberin möchte dem Angestellten das Gehalt kürzen, wenn weniger als 15 Prozent der angesprochenen Besucher Lose kaufen. Die Entscheidung über die Gehaltskürzung soll mithilfe eines Signifikanztests auf der Grundlage von 100 angesprochenen Besuchern getroffen werden.

Dabei soll möglichst vermieden werden, dem Angestellten das Gehalt zu Unrecht zu kürzen. Geben Sie die entsprechende Nullhypothese an und ermitteln Sie die zugehörige Entscheidungsregel auf dem Signifikanzniveau von 10 Prozent.

# DIGITALISIERUNG UND IHRE BEWÄLTIGUNGSANFORDERUNGEN

**D**igitalisierung als Phänomen ist in Sozialer Arbeit im Hinblick auf politische, ökonomische, kulturelle und gesellschaftliche Strukturen zu betrachten – unterstreichen Burkhard Hill und Juliane Beate Sagebiel in ihrem Beitrag.

Das Phänomen Digitalisierung wird in diesem Beitrag zunächst daraufhin untersucht, wie sich politische, ökonomische, kulturelle und gesellschaftliche Strukturen verändern. Dies folgt der Überzeugung, dass in der Sozialen Arbeit ein breites Verständnis von Digitalisierung vorhanden sein muss, das sowohl die Seite gesellschaftlicher Entwicklungen umfasst als auch die individuelle Betroffenheit von Digitalisierungsprozessen mit seinen Bewältigungsanforderungen.

## **Digitalisierung als Konstruktion zur Bezeichnung eines ungewissen Wandels**

Digitalisierung bezeichnet zunächst lediglich die Transformation von analogen in digitale Formate. Damit verbunden aber sei ein tiefgreifender Wandel in allen Bereichen des sozialen, privaten und öffentlichen Lebens (Hoenig/Kuleša 2018, S. 4 f.). Jeremy Rifkin (2002) prognostizierte schon früh eine »Entmaterialisierung« der Güter. Der Austausch von physischer Materie werde zunehmend durch den Austausch von Informationen ersetzt, wie wir es heute z. B. durch Streamingplattformen verwirklicht sehen, die uns das Anschauen eines Films ermöglichen, ohne dass wir diesen physisch vorliegen haben. Wir würden zukünftig also weniger besitzen, aber mehr konsumieren,

so Rifkin, womit er der Sharing Economy eine griffige Formel verlieh. Allerdings sagte er weiter voraus, dass die elektronischen Netzwerke unseren Alltag durchdringen und von einigen wenigen mächtigen, transnationalen Medienkonzernen kontrolliert würden. Gigantische Medienkonglomerate würden als »Pfortner« über den Zugang zu Wissen und Kommunikation entscheiden (ebd., S. 19 f.).

Dieser Diskurs über Macht im und Zugang zum Netz wurde allerdings durch eine Digitalisierungseuphorie verdrängt, die als alternativlose Entwicklung im Range eines Naturereignisses (Hoenig/Kuleša 2018, S. 5) erscheint. Der amerikanische Zukunftsforscher Ray Kurzweil verheißt z. B. für die Mitte dieses Jahrhunderts eine Verschmelzung menschlicher und künstlicher Intelligenz als »technologische Singularität« mit rasanten Fortschritten auf allen Gebieten (Kurzweil 2015). Die Digitalisierung wird als Chance zur nachhaltigen Entwicklung gesehen (»teilen statt besitzen«), es wird von neuen Beteiligungsformen in der Politik geschwärmt (Piratenpartei). Aber auch die Kritiker der Digitalisierung tragen zur Mythenbildung bei, wenn in Dystopien künstliche Intelligenzen außer Kontrolle geraten und die digitale Welt letztlich als selbststeuernd, unbeherrschbar dargestellt wird (Kreye 2018a, 2018b; Buxmann 2018).

In diesem Diskursnebel können die internationalen Digitalkonzerne unbehelligt ihre Geschäftsmodelle der Monopolisierung und Gewinnmaximierung entwickeln (Mozorov 2018) und überwiegend

weiße Männer ungebremste ökonomische Expansion und intransparente Machtentfaltung (Sagebiel/Pankofer 2018, S. 56) betreiben.

Oestreicher (2018, S. 76 f.) stellt als weiteres Phänomen die Geschwindigkeit der digitalen Prozesse heraus, die zu einer Beschleunigung der Kommunikation und zur Entwicklung immer neuer Tools und Vernetzungen führten. Außerdem erfolgten digitale Prozesse inzwischen überwiegend in Echtzeit, sodass Analoges und Digitales, Physisches und Virtuelles oft nicht mehr zu unterscheiden seien. Diese Entwicklungsdynamik könne in ihrem Tempo weder ethisch reflektiert, politisch gesteuert, moralisch verantwortet oder von gesellschaftlichen Institutionen angemessen verarbeitet werden.

Der Sozialen Arbeit wächst diesbezüglich eine gesellschaftspolitische und zugleich aufklärerische Funktion zu (Hill 2018, S. 48 ff.), die im Sinne des ethischen Impetus des Triplemandats (Staub-Bernasconi 2007, S. 200) höchst relevant ist.

## **Die Entwicklung der digitalisierten Wirtschaft**

Der gegenwärtige Hype um die digitalisierte Wirtschaft wird von internationalen Investoren mit Risikokapital angeheizt (Morozov 2018). Im Vergleich zu den Unternehmen der Realwirtschaft fallen die Börsenwerte in der Digitalwirtschaft unverhältnismäßig höher aus, z. B. bei Tesla (Saurenz 2018). Ein Großteil der digitalen Unternehmen kann nur dank massiver Kapital spritzen von Investoren existieren, da sie noch lange nicht in der

Gewinnzone arbeiten; die Marktnotierungen dieser Unternehmen sind insgesamt stark überbewertet.

**E**rfolgreich sind dagegen die Tech-Giganten der Branche. Weitgehend unerkannt erwirtschaftet Amazon den Großteil seiner Umsätze mit riesigen Server-Batterien für externen Cloud-Speicherplatz. Google und Facebook erzielen ihre Gewinne mit dem (intransparenten) Handel von Nutzer\_innendaten und durch Werbung. Auf diese Weise wird nicht nur ökonomische Macht, sondern auch Verfügungsmacht über sensible Daten kumuliert. Denn »wer heute über die technische Gestaltung unserer Lebensumwelt entscheidet, wer datensetzende Macht hat, kann in kürzester Frist ein unermessliches Ausmaß von Macht über unermesslich viele Menschen und eventuell (...) über unermesslich lange Zeit ausüben« (Popitz 1992, S. 180).

**S**hoshana Zuboff geißelt diese Monopolisierung als einen globalen, digitalen »Überwachungskapitalismus« (2018, S. 108), der mit beispiellosen Asymmetrien an Wissen und Macht operiere. Dazu titelt die Süddeutsche Zeitung am 22./23.12.2018 einen Beitrag mit: »Die Nasa würde rot vor Scham« angesichts der Datensammlung der US-Konzerne. »Überwachungskapitalisten« (ebd.) wüssten alles über uns, manipulierten uns politisch, während ihre Operationen uns gegenüber unkenntlich seien, was zu einer Entmachtung der Nutzer\_innen führe. Der Netzpionier und heutige Netzkritiker Jaron Lanier bezeichnet die sozialen Netzwerke in ähnlicher Weise als »Imperien der Verhaltensmanipulation« (Lanier, zit. nach Kreye 2018a, S. 3). Diese global agierenden Investoren treiben mit ihrer Machtgier und ihrem Gewinnmaximierungsstreben eine Ökonomie an, die

sich rasant über Grenzen und Kulturen hinweg ausbreitet und dabei herkömmliche Strukturen angreift, insbesondere Regeln der sozialstaatlichen Sicherung, des Verbraucherschutzes, der Arbeitnehmerrechte und Subsistenzwirtschaft. Die Digitalisierung funktioniert dabei als ausgezeichnetes »Betriebssystem des globalen Kapitalismus« (Hofstetter 2016 S. 24), der weltweit organisierten Konsum als Teilhabe propagiert. Dass die digitale Wirtschaft ökologisch keine Entlastung bringt, sondern zur Mehrproduktion von Schadstoffen, zum erhöhten Bedarf an Rohstoffen sowie zu einem exorbitant steigenden Energieverbrauch beiträgt (Beispiel: Bitcoin), sei hier der Vollständigkeit halber nur am Rande vermerkt (Schradler 2018).

### Die Bewertung der menschlichen Arbeit

**I**n der sogenannten Ökonomie 4.0 wird die menschliche Arbeit neu be- und entwertet. Amerikanische und deutsche Studien gehen zunächst davon aus, dass die Hälfte der existierenden Jobs durch digitalisierte Roboter ersetzt werden könnte, darüber hinaus aber fast in gleicher Anzahl neue Jobs entstünden, Jobverluste demnach höchstens zwischen fünf bis zehn Prozent betragen würden (Absenger et al. 2016, S. 5 ff.). Demnach sei keine Panik vor Jobvernichtung in größerem Stil angesagt. In der Wirtschaft wird die optimistische These vertreten, dass die Digitalisierung die Arbeit von Monotonie befreien und neue Berufe (Data Engineer, Data Scientist usw.) erzeugen würde. Neue Technologien wie Roboter mit Sprachsteuerung oder automatisiertes Scannen würden die menschliche Arbeit erleichtern (Vogels 2018, S. 2). Andere Autoren belegen aber, dass gerade diese neuen Technologien der Kontrolle und Verdichtung von Arbeit dienen, wie es z. B. von Amazon

betrieben wird, die ihre Mitarbeiter\_innen durch Handscanner überwachen (Staab/Nachtwey 2016). Darüber hinaus sei gerade in den mittleren bis geringer qualifizierten Jobs mit Einkommenseinbußen zu rechnen, denn insgesamt werde der Kostenfaktor Arbeit für die Industrie durch die Digitalisierung erheblich gesenkt werden können (Schmelzer/ Losse 2018).

**P**recht (2018) argumentiert, dass mittelfristig ein größerer Verlust von qualifizierten Arbeitsplätzen bei Verwaltungen, Banken, Versicherungen sowie von niedrigqualifizierten Industrie- und Dienstleistungsjobs zu erwarten sei, der nicht durch neue Jobs aufgefangen werde. In den Niedriglohnbereichen würden zahlreiche Jobs von Lageristen und Fahrern gänzlich überflüssig (Precht 2018, S. 29 ff.). Diese Argumentation ist auf eine Studie des Millennium-Projekts eines Industrie- und Forschungskonsortiums gestützt und erklärt ein gesteigertes Interesse vieler Top-Manager aus der High-Tech-Industrie an einem steuerfinanzierten Grundeinkommen, da es bei drohender Massenarbeitslosigkeit die Kaufkraft weitgehend erhält (ebd., S. 118).

**S**taab (2018) differenziert als bekennender Kritiker eines ungebremsten Zukunftsoptimismus die Qualität der Arbeitsplätze hinsichtlich des Qualifikationsniveaus und des Machtaspekts. In einer »asymmetrischen Polarisierung« (Staab 2018, S. 35) werde die Arbeit zunehmend in wenige gut bezahlte, mächtige Steuerungsjobs in den Zentren der digitalen Plattformen und viele schlecht bezahlte, ausführende Jobs an der Peripherie der digitalen Ökonomie aufgeteilt. Demnach befinden sich viele Arbeitnehmer\_innen als gering qualifizierte an der Peripherie des »Plattform-Kapitalismus« (Precht 2018,

S. 18), seien nicht sozialversichert, würden schlecht bezahlt und seien von der Vermittlung durch digitale Plattform abhängig. Staab wählt für diese Gruppe den Begriff der digitalen »Kontingenzarbeitskraft« (Staab 2016, S. 107), die einem vollkommen individualisierten Unterbietungswettstreit auf einem tendenziell grenzenlosen, unreguliertem Markt ausgesetzt sei. Ihre gesellschaftliche Position sei niedrig, ihre Chancen zur Teilhabe an sozialen, ökonomischen und symbolischen Gütern seien dadurch deutlich verringert. Kurzum, sie verfügten nicht über die Macht, ein selbstbestimmtes

Leben zu führen, ihr Lebens- und Arbeitsrhythmus werde von den digitalen Plattformbetreibern bestimmt. Sie befänden sich somit ökonomisch, sozial und kulturell in »digitaler Leibeigenschaft« (Grassegger 2018, S. 14) und seien verstärkt psychischen Belastungen ausgesetzt. Die Unternehmen binden, so Staab, ihre »Beschäftigten (...) immer enger in die Herrschaftszusammenhänge ihrer digitalen Netze ein« (2018, S. 108).

**M**achttheoretisch betrachtet sind digitale Kontingenzarbeitskräfte (Leiharbeiter, Picker etc.) in ihrer Abhän-

gigkeit den behindernden Machtstrukturen der digitalen Ökonomie ausgesetzt (Staub-Bernasconi 2007, S. 381 f.). In dieser Organisations- und Machtlogik verlieren Institutionen wie Sozialversicherungen, Gewerkschaften und (national verbrieft) Arbeitsrechte ihre Integrationskraft, denn die rasante Entwicklung der digitalen Produktivkräfte steht im Widerspruch zu den überkommenen Produktionsverhältnissen und Legitimationsverfahren des Industriezeitalters.

*Zum Weiterlesen:  
In Ausgabe 3-4/2019 des  
Sozialmagazin (S. 78)*

## WENN DIE EIGENE ARBEIT FREMD WIRD

**F**ür unsere Großeltern schien die Arbeitswelt noch einigermaßen übersichtlich: Mit der eigenen Hände Arbeit entstanden Produkte, die sinnlich, haptisch fassbar waren. Arbeit war materielle Arbeit, war Arbeit an der Materie, egal ob Holz, Kunststoff, Keramik, Stahl, Metall, Brot oder die Pflege eines Menschen. Es gab im Guten eine direkte nahe Beziehung zwischen Mensch und Arbeitsergebnis. Der Mensch konnte das Arbeitsergebnis berühren. Daraus zog der arbeitende und sich vergegenständlichende Mensch sein Selbstbewusstsein, seine Identität, sein Selbstverständnis. Berufsbezeichnungen orientierten sich an der zu verarbeitenden Materie. Als Kennzeichen der Zukunft der Arbeit galt die Materie.

**V**iele Jahrzehnte später und nach mehr als dreißig Jahren Digitalisierung müssen wir heute von der Annahme ausgehen, dass in einer vergleichsweise kurzen Zeit von nur wenigen Jahren sich ein struktureller Umbruch in allen arbeitsweltlichen Bereichen vollzieht. Die direkte sinnliche Bezie-

hung von arbeitendem Mensch und Arbeitsprodukt nimmt tendenziell ab. Zwischen Mensch und Produkt schieben sich eine oder mehrere digital-virtuelle Plattformen. Ohne den Zugang zu einer Plattform wird bald der direkte Zugriff zu dem zu leistenden Arbeitsauftrag kaum mehr möglich sein. Die Fähigkeit, sich auf und in Plattformen bewegen zu können, entscheidet zunehmend über die Möglichkeit des Zugangs zur Arbeit. Die Zugänglichkeit der Plattform regelt immer mehr die Zugänglichkeit zur physischen Arbeit.

**M**enschen, die dem Hand-Werken verbunden sind und vor allem über intuitives Erfahrungswissen verfügen im Sinne eines „Gedächtnisses der Hände“ (Schröter), werden gedrängt werden, sich verstärkt dem Kopf-Werken zuwenden zu müssen. Der Grad der Abstraktion und Komplexität nimmt für jede/n deutlich zu. Ob mobile Pflege oder Werken in der Fertigung, ob Verpackungskraft oder Stuckateur, der Umgang mit dem Display und das Verstehen-Können, was „hinter“ dem Display geschieht, verändert

das Selbstwertgefühl.

**F**ür viele wird sich dieses technische Hemmnis zu einer sozialen und qualifikatorischen Barriere entwickeln. Herausforderungen in der beruflichen Bildung und Weiterbildung werden demnach nicht nur eine neue fachliche Anforderung darstellen. Vielmehr wird die grundsätzliche Befähigung, mit abstrakten Abläufen und Prozessen auf den Plattformen nachvollziehbar umgehen zu können, zu einer Erweiterung unserer Schlüsselqualifikationen führen müssen. Der Umgang mit nicht-materieller Arbeit, das Verständnis dieses Typs von Arbeit und der Erwerb von „Komplexitätskompetenz“ (Schröter) werden zu zentralen Erfolgskriterien kommender Erwerbsbiografien. Das materielle Werken folgt den digitalen Vorgaben. Die Zukunft der Arbeit wird im virtuellen Raum entschieden.

*Quelle: [www.Blog-Zukunft-der-Arbeit.de](http://www.Blog-Zukunft-der-Arbeit.de) vom 01. Mai 2019 (Welf Schröter)*



Der „Digitalpakt Schule“ ist am 17. Mai 2019 in Kraft getreten: „Ein absoluter Holzweg der Bildungspolitik“, kritisiert Prof. Ralf Lankau vom „Bündnis für humane Bildung“. „Statt eine gesunde Entwicklung der Kinder ins Auge zu nehmen, wird einseitig auf Technik gesetzt.“

# HOLZWEG AUS BITS UND BYTES

Im Mittelpunkt stünden die ökonomischen Interessen der IT-Industrie, die „mit einem Marketing der Angst Hard- und Software in die Schulen drücken“, so Lankau. Die fünf Milliarden Euro würden in die digitale Aufrüstung des Bildungssystems gesteckt - im Irrglauben, bereits Kinder in der Grundschule für digitale Technologie fit machen zu müssen. „Gerade auf dieser Stufe der Bildung“, so Lankau, „zählen ganz andere Ziele: emotionale Intelligenz, Impulskontrolle oder soziale Fähigkeiten.“ Das sei alles viel besser zu erreichen, wenn Technik nicht den direkten Kontakt störe, der sich täglich im Klassenzimmer zwischen Lehrern und Schülern ergibt.

Kinder in der Grundschule brauchen keine digitalen Medien, um Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen. Im Gegenteil: „Wir brauchen in den Grundschulen und Kindergärten digitalfreie Räume, um das Übermaß medialer Reizüberflutung in den Elternhäusern zu kompensieren“, fordert Lankau.

Dazu hat seine Organisation zum ersten Mal die aktuelle Kritik an digitaler Bildung gebündelt - und aus vier wesentlichen Perspektiven auf den Punkt gebracht. Titel: „Digitale Medien im Kreuzfeuer der Kritik“.



www.pixabay.de

1. Perspektive: Es wird die individuelle Situation von Kindern beleuchtet, wenn sie zu früh mit digitalen Medien konfrontiert werden. Das kann negative Folgen für die psychische Entwicklung haben, etwa bei der emotionalen Intelligenz oder kognitiven Reifeprozessen (Impulskontrolle, Belohnungsaufschub, Suchtverhalten etc.). Daher ist eine evidenzbasierte Forschung zu fordern, um den Einfluss digitaler Technologie auf die Gesundheit der Kinder zu untersuchen.

2. Perspektive: Mit Hilfe der

Neurobiologie lässt sich zeigen, wie stark digitale Medien in das Gehirn von Kindern eingreifen, indem sie u. a. suchtauslösende Impulse setzen. „Dauerhaft trainierte Muskeln vollbringen gute körperliche Leistung“. Das gilt auch für das Gehirn, das nur durch eine „größtmögliche Eigenaktivierung“ zu geistigen Leistungen in der Lage ist.

3. Perspektive: Schule ohne

Überwachung. Digitale Konzepte für Unterricht kommen oft nicht aus der Pädagogik, sondern aus Kybernetik und Behaviorismus. Lernen wird zu einem mess- und steuerbaren Prozess umgedeutet, Bildung zu einer Ware, obwohl sie eigentlich an menschliches Bewusstsein gebunden ist, nicht an Medien(technik). Daher ist Lernen endlich wieder als individueller und sozialer Prozess zu verstehen.

4. Perspektive: Gesellschaftliche Dimensionen. Die moderne Daten-Ökonomie beginnt im Bildungssystem, wo sich bereits wertvolle Erkenntnisse über Schüler gewinnen lassen, etwa durch Lernprogramme, die jeden Schritt am Rechner dokumentieren (Learning Analytics). Der Mensch wird zum Datenlieferanten, das Ideal einer freien Gesellschaft mit

autonomen Bürgern ist bedroht. Prof. Lankau: „Unsere Botschaft an die Bildungspolitik: Werft Euch angesichts dieser fundierten Kritik nicht in den Rachen eines ökonomisch und technologisch getriebenen Hypes.“

*Quelle:  
newsletter bildungsklick,  
PM vom 25.05.2019  
Bündnis für humane Bildung*

Die im Juni 2018 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ hat den Auftrag, die Entwicklungsperspektiven der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der künftigen Arbeitswelt zu analysieren, die ökonomischen und sozialen Potentiale einer Modernisierung zu prüfen und daraus für die Politik konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten. Die 38 Mitglieder der Kommission werden ihren Abschlussbericht bis zum Sommer 2021 vorlegen.

# ENQUETE-KOMMISSION „BERUFLICHE BILDUNG IN DER DIGITALEN ARBEITSWELT“

## - Projektgruppen -

Die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ hat in ihrer Sitzung am 5. November 2018 die Einsetzung von sieben Projektgruppen (PG) beschlossen (KOM-Drs. 19(28)14) und sich darauf verständigt, dass davon zunächst drei Projektgruppen parallel die Arbeit aufnehmen sollen.

Die ersten drei Projektgruppen haben sich am 10. Dezember 2018 konstituiert.

### **Projektgruppe 3: Anforderungen an berufsbildende Schulen**

Die Projektgruppe 3 untersucht die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt an die berufsbildenden Schulen.

Von Dezember 2018 bis Dezember 2019 befassen sich sieben Bundestagsabgeordnete und acht Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis unter anderem mit folgenden zentralen Fragen:

- ♦ Wie muss sich die Berufsschule der Zukunft reformieren, um die Auszubildenden auf die neuen Herausforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt

vorzubereiten? Welche Kompetenzen müssen den jungen Menschen vermittelt werden?

- ♦ Wie können die Lehrpläne im Hinblick auf die künftigen Qualifikationsanforderungen angepasst und welche neuen pädagogischen Konzepte müssen entwickelt werden?
- ♦ Welchen didaktischen Mehrwert bieten digitale Technologien für das Lernen und Lehren der Zukunft?
- ♦ Wie muss die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte modernisiert werden, damit sie die notwendigen Digitalkompetenzen erlangen? Wie gelingt uns die Attraktivitätssteigerung des Berufsschullehrerberufes, um den wachsenden Mangel an Lehrpersonal zu stoppen?
- ♦ Wie kann die Lernortkooperation zwischen Betrieben, Berufsschulen und weiteren Akteuren sowie die Förderung von regionalen Kompetenzzentren optimiert werden?
- ♦ Wie muss das Prüfungswesen reformiert werden, um den neuen

Anforderungen gerecht zu werden?

- ♦ Wie können die besonderen Herausforderungen der schulischen Ausbildungen gelöst werden?
- ♦ Welche materielle und finanzielle Ausstattung benötigen die berufsbildenden Schulen der Zukunft und wer ist dafür verantwortlich (Bund/Länder/Kommunen/Wirtschaft)?

Auf diese und viele weitere spannende Fragen sucht die Projektgruppe Antworten, um Visionen für die berufsbildenden Schulen der Zukunft zu entwickeln.

**Dr. Jens Brandenburg, MdB**  
(Vorsitzender)

Weitere Projektgruppen sind:

Projektgruppe 1: Herausforderungen der Digitalisierung für die berufliche Bildung

Projektgruppe 2: Anforderungen an die Ausbildung im Betrieb

# B E R U F L I C H E B I L D U N G

*Kleine Anfrage Drucksache 20/194 Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten) vom 20.04.2019 und Antwort Kultusminister*

## **Vorbemerkung Fragesteller:**

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass sich die Landesregierung für den Erhalt einer möglichst wohnortnahen beruflichen Ausbildung einsetzen möchte.

## **Vorbemerkung Kultusminister:**

Wesentliche Voraussetzung für eine gelingende Berufsausbildung ist ein qualitativ hochwertiger Berufsschulunterricht. Ziel ist es, dieses Angebot jeweils möglichst wohnortnah und umfassend zu realisieren. Ist eine Beschulung aufgrund der Anzahl der geschlossenen Ausbildungsverträge nicht in jedem Schulträgerbezirk möglich, werden schulträgerübergreifende Fachklassen und Landesfachklassen gebildet. Diese Fachklassen sollen vorwiegend im ländlichen Raum angesiedelt werden.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

**Frage 1.** *Welche konkreten Maßnahmen sollen zur Stärkung des ländlichen Raums und zur Sicherung der Berufsstandorte mit ihrer aktuellen Bandbreite von Ausbildungsberufen realisiert werden?*

Die Gesamtzahl der Berufsschulstandorte soll nach Möglichkeit gesichert werden. Wenn in bestimmten Berufen selbst bei einem reduzierten Klassenteiler und nach Berücksichtigung sogenannter Affinitäten die niedrigen Auszubildendenzahlen die Einrichtung von jahrgangsbezogenen Klassen nicht mehr zulassen, soll die Unterrichtsqualität durch die Bildung von Landes- und Bezirksfachklas-

sen gesteigert werden. Landes- und bezirksübergreifende Fachklassen sollen nach Möglichkeit vorwiegend im ländlichen Raum gebildet werden. Wesentliches Ziel ist es, ein qualitativ hochwertiges Unterrichtsangebot möglichst wohnortnah sicherzustellen. Diesem Ziel folgt auch die Lehrerrzuweisung.

**Frage 2.** *Wie kann gewährleistet werden, dass die Anzahl der Berufsschulstandorte erhalten wird, um die berufliche Bildung in den Hauptausbildungsberufen im ländlichen Raum an den vorhandenen Standorten zu gewährleisten?*

Derzeit sind keine Planungen von Schulträgern bekannt, in der aktuellen Legislaturperiode berufliche Schulen zu schließen. Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

**Frage 3.** *Welche Maßnahmen sind im Rahmen der punktuellen Abweichung von der regulären Lehrerrzuweisung möglich und in welchem Umfang werden sie bereits realisiert bzw. sollen sie realisiert werden?*

Derzeit beträgt die Mindestklassengröße an Berufsschulen 15 Schülerinnen und Schüler. Die aktuelle Lehrerrzuweisung orientiert sich daran und ermöglicht darüber hinaus unter bestimmten Bedingungen eine anteilige Zuweisung. Die Ausgestaltung der zukünftigen Lehrerrzuweisung entsprechend den im Koalitionsvertrag angestrebten Zielen wird derzeit erarbeitet.

**Frage 4.** *Inwieweit wird der Erhalt einer möglichst wohnortnahen beruflichen Ausbildung und von Hauptausbildungsberufen im ländlichen Raum*

*in der Schulentwicklungsplanung berücksichtigt?*

Schulentwicklungspläne werden von den kommunalen Schulträgern in eigener Zuständigkeit erstellt und durch das Kultusministerium genehmigt. Eine wesentliche Grundlage für die Planung einer zweckmäßigen Schulorganisation stellen die regionalen Bedarfe dar.

**Frage 6.** *Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um auch zukünftig einerseits die fachliche Qualität und Güte der Ausbildung an den beruflichen Schulen in passgenau zugeschnittenen Fachklassen und andererseits das Angebot in der Fläche zu erhalten?*

Das Kultusministerium erarbeitet derzeit unterschiedliche Maßnahmen, die einerseits eine Steigerung der Unterrichtsqualität durch eine fachgerechte Beschulung in Fachklassen und andererseits die Sicherung der Berufsschulen im ländlichen Raum im Fokus haben.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode wurde gemeinsam mit den an der Berufsausbildung beteiligten Akteurinnen und Akteuren sowie Vertreterinnen und Vertretern der hessischen Schulleitungen ein Prozess zur kriterienbasierten Ausschreibung von Landesfachklassen aufgesetzt und erstmalig mit Erfolg im Zuge der Einführung des Ausbildungsberufs „Kaufmann im e-Commerce“/„Kauf-frau im e-Commerce“ angewandt.

Wiesbaden, 5. April 2019

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz**

# DIE DREI SPINNERINNEN

Ein Märchen der Brüder Grimm\*. Wieder gelesen 200 Jahre später.

Inda knetet lustlos das Kabel ihres Pads, das vor ihr auf dem Tisch liegt. Zu dem Thema, das ihnen der Deutschlehrer gestellt hat, will ihr einfach nichts einfallen. Indas kleiner Bruder ist im Kinderbett gerade aufgewacht und rappelt sich an den Gitterstäben hoch. „Darf ich mit Rebecca und Viva ins Freibad?“ Auf dem Pad hatte Inda eben eine Message von Viva bekommen. In der Ecke des Wohnzimmers ist ein kleines Home-Office eingerichtet, darin sitzt die Mama vor dem Bildschirm, mit dicken Kopfhörern um die Ohren. Sie hat gerade ein „briefing“ durch ihren Chef. Von Clickworker S.A. Mama wirkt sehr nervös. Sie wendet kurz den Kopf, in Richtung ihrer Tochter. Die Augen schon wieder in der Kamera, eine abwehrende Handbewegung. Soll wohl heißen, warte, störe mich jetzt nicht, später. Nach 10 Minuten starrt die Mutter immer noch angestrengt auf den Screen, ihre Lippen bewegen sich lautlos, die Finger rasen über die Tastatur.

Da verdrückt sich Inda durch die Terrassentür.

Schon einen Moment später tut es der Mutter leid, dass sie so unbeherrscht reagiert hat. Inda hockt in der Ecke und wimmert vor sich hin. Die Mutter geht zu ihr, bittet sie um Verzeihung und liest ihr folgende Geschichte vor.

Es war einmal ein Mädchen, das wollte nicht spinnen. Statt den

Faden sauber auszudrehen und auf die Spule zu wickeln drückte sie verträumt mit ihren Fingern lustige Figürchen in das graue Wollbüschel. Endlich überkam die Mutter Zorn und Ungeduld, dass sie ihm Schläge gab, worüber es laut zu weinen anfang. Nun fuhr gerade die Königin vorbei und als diese das Weinen hörte, ergriff sie Zorn, ging in das Haus und fragte die Mutter, warum sie ihre Tochter schlug. Da schämte sich die Frau vor der Königin, dass sie die Faulheit ihrer Tochter offenbaren sollte und sprach: „Ich kann sie nicht vom Spinnen abbringen, sie will immer und ewig spinnen und woher soll ich all die Wolle herbeischaffen?“



Albert Anker: Königin Berta

Nun war gerade eine Zeit, in der die Fürstinnen und Fürsten erkennen mussten, dass der Zehent, den sie den Bäuerinnen und Bauern abverlangten, nicht mehr ausreichte, ihr Schloss à la mode der Zeit zu erneuern. Nun begab es sich, dass gerade vor einigen Tagen ein Kaufmann am Schloss bei seiner Durchreise Halt gemacht und der Königin von einer neuartigen Maschine erzählt hatte – man nannte diese in Engelland die „Spinning-Jenny“.

Auf dieser könne eine Spinnerin in der gleichen Zeit fünfzehn Mal mehr Garn erspinnen, als dies auf einem herkömmlichen Spinnrad möglich sei.

Al so zeigte die Königin Mitleid mit dem Mädchen. Sie antwortete der Mutter: „Ich höre nichts lieber als spinnen und bin nicht vernüchter, als wenn die Räder schnurren; gib mir deine Tochter mit ins Schloss, ich lasse die Bäuerinnen und Bauern Flachs anbauen, da soll sie spinnen, soviel sie Lust hat.“ Die Mutter war’s zufrieden und die Königin nahm das Mädchen mit. In den Gewölben des Schlosses lagerte der schönste Flachs im

Überfluss. Die Königin sprach zum Mädchen: „Nun spinn mir diesen Flachs und wenn du es fertig bringst, so sollst du meinen ältesten Sohn zum Gemahl haben und ihm zum Thron folgen; bist du gleich arm, so acht ich nicht darauf; dein unverdrossener Fleiß ist Ausstattung genug“, und die schwere Türe fiel ins Schloss. Das Mädchen hatte wohl gelernt, einen Faden vom Spinnrocken zu ziehen und die Spule zu

drehen. Auch hatte sie gesehen, wie bei ihrer Mutter der Faden auf die Spule flog, während sie gleichzeitig heftig ein Pedal trat, das an einem hübsch gedrechselten Stuhl befestigt war. Doch jetzt, dieses Gewirr von Stangen, mit dem übergroßen Rad inmitten, hatte damit wenig zu tun. Wie sollte sie es in Bewegung versetzen und diesem Monster gar einen Faden abgewinnen?

Das Neue an der Spinning-Jenny – gegenüber dem bereits bekannten Flügel- oder Spindelspinnrad - bestand darin, dass die verschiedenen Funktionen, Treten des Pedals, Zuführung der Rohwolle und Aufwickeln des Fadens, die bisher von einer Person mit großem Geschick gemeistert wurden, nun getrennt von verschiedenen Personen durchgeführt werden konnten – als immer wiederkehrende Teilarbeit. So trat jetzt eine Person – und wie es der Tradition entsprach, eine Frau – das Pedal (ähnlich dem Ministranten, der den Blasebalg der Kirchenorgel tritt), andere glätten und befeuchten den Faden und wiederum andere setzten die leeren und entnahmen die vollen Spulen. Die Aufnahme der Rohwolle geschah mechanisch durch Klauen. Wenige Arbeiterinnen ließen jetzt hunderte, später tausende Spulen surren. Mit der Folge ihrer Deformierung und ihrer Entfremdung vom Produkt ihrer Arbeit.

*Werden sich die Erwartungen der Königin auf neuen Reichtum erfüllen?*

Am dritten Tag kam die Königin, und als sie sah, dass noch nichts gesponnen war, verwunderte sie sich; aber das Mädchen entschuldigte sich damit, dass es vor lauter Betrübniß über die Entfernung von den Seinigen noch nicht hätte anfangen können. Die Königin ließ sich's gefallen. „Morgen mußt du anfangen zu arbeiten.“ Als das Mädchen wieder allein war, wusste es sich nicht mehr zu raten und zu helfen und trat in seiner Betrübniß ans Fenster. Da sah es drei Weiber herkommen, davon hatte die erste einen breiten Platschfuß, die zweite hatte eine so große Unterlippe, dass sie über das Kinn herabhing, und die dritte hatte einen breiten Daumen. Das Mädchen hob an zu weinen, dass man es höre. Da schauten die Weiber durchs Fenster und fragten, was ihm wohl fehlte.

Es klagte ihnen seine Not. *Werden nun die drei Frauen Mitleid haben mit dem Mädchen im Schlosskeller?*

Und die drei Spinnerinnen trugen dem Mädchen ihre Hilfe an und sprachen: „Willst du uns zur Hochzeit einladen und dich nicht schämen und uns deine Kusinen heißen, auch an deinen Tisch setzen, so wollen wir dir den Flachs wegspinnen, und das in kurzer Zeit.“ Von Herzen gern, antwortete es. *Wird das Mädchen sein Versprechen halten? Das Versprechen, eine Hoch-Zeit ohne Klassenunterschiede?*

Die drei Spinnerinnen glaubten ihr und huben an zu spinnen. Die eine zog den Faden und trat das Rad, die andere netzte den Faden, die dritte drehte ihn und schlug mit dem Finger auf den Tisch, und so oft sie schlug, fiel eine Zahl Garn zur Erde. Das Mädchen, das sich jetzt Fräulein nannte, verbarg jedoch die drei Frauen vor der Königin und zeigte ihr, sooft sie kam, die Menge des gesponnenen Garns, sodass diese des Lobes kein Ende fand. Und sie gab dem bürgerlichen Fräulein ihren wohlgeborenen ersten Sohn zum Gemahl und sprach: „Bist du gleich arm, so acht ich nicht darauf, dein unverdrossener Fleiß ist Ausstattung genug.“

Das Fräulein erinnerte sich seiner Abstammung und bat, ihre Cousinen einladen zu dürfen. Als diese jedoch zum Festmahl erschienen und der junge König sie sah, erschrak er und fragte die Braut, wie sie zu dieser garstigen Freundschaft gekommen sei. Darauf ging er zu der einen mit dem breiten Platschfuß und fragte: „Wovon habt Ihr einen solch breiten Fuß?“ „Vom Treten, antwortete sie, „vom Treten, vom Treten.“ Da erschrak der junge König, fragte nicht weiter und

sprach: „So soll mir nun und nimmermehr meine schöne Braut ein Spinnrad anrühren.“ Damit war sie die hässliche Verwandtschaft los.

Und der große Fürstendichter sang das Loblied für das glückliche Brautpaar: „Es soll der Bürger mit dem König geh'n, denn beide wohnen auf der Menschheit Höh'n.“ Doch einer von den Göttinger Sieben Gelehrten, die das Lied nicht mitsangen und der uns dieses Märchen erzählte, das kein Märchen war, wurde für immer des Schlosses verwiesen. Sein Name war Jakob Grimm.

Und Inda wird ihre Mutter fragen, was das Märchen mit ihr und ihrem Verhalten zu tun habe, da doch jetzt wieder alles gut sei. Doch uns bleiben Zweifel ob des glücklichen Endes.

Denn was wird nun aus Inda, Rebecca und Viva? Werden die drei noch entscheiden können, für wen sie arbeiten? Und sollten sie das Glück haben, in einem Betrieb zu arbeiten, noch miteinander kommunizieren, von Mund zu Mund, von Aug zu Aug, als Kolleginnen über ihre Arbeit sprechen? Wird einmal Mutter Viva noch selbst auf ihren Sohn Viery aufpassen müssen? Nein, Viery wird keinen Klumpfuß haben. Nicht, weil er dann ein Mann sein wird, sondern weil er seinen Fuß nicht mehr braucht zum Treten. Doch sein Großhirn, das wird Teil jener Megamaschine sein und diese wird es formen, gestalten und verunstalten nach ihrem Bedürfnis.

*Ernst Hilmer*

\*... und wär's nicht glaubt, der prüfe es im Original: Die Märchen der Brüder Grimm, München 1980

VR- und AR-Technik eröffnen Lehr- und Lernprozessen neue Möglichkeiten. Thomas Hagenhofer vom Zentral-Fachausschuss Berufsbildung Druck und Medien war mit den Projekten SAL, SVL sowie SVL 2020 daran beteiligt, eine Lernanwendung zu entwickeln, die die entsprechenden Technologien auch in der Berufsbildung integriert. Im Gespräch mit [qualifizierungdigital.de](http://qualifizierungdigital.de) zeigt er auf, welche Vorteile sie im Lernkontext haben können - und welche Hürden VR und AR noch überwinden müssen.

# AUGMENTED UND VIRTUAL REALITY KÖNNEN DAS STAUNEN IN DEN UNTERRICHT ZURÜCKBRINGEN

Maschinenprozesse sichtbar machen, die eigentlich nur im Verborgenen stattfinden. Möglich ist dies durch Augmented Reality (AR) und Virtual Reality (VR), wie die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) – im Rahmen des Programms „Digitale Medien in der beruflichen Bildung“ – geförderten Projekte Social Augmented Learning (SAL / 2013-2016), Social Virtual Learning (SVL / 2016-2017) und SVL 2020 (seit 2017) beweisen.

**Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit VR- und AR-Technologie erfolgreich in der beruflichen Bildung eingesetzt werden kann?**

Natürlich bieten sich Virtual Reality und Augmented Reality überall dort an, wo ansonsten nicht sichtbare Prozesse und Zusammenhänge visualisiert werden können. Hier entstehen echte Mehrwerte, weil eher beschreibende Inhalte wie textliche Erläuterungen oder Schaubilder ergänzt werden können durch 3D-Modelle, die der Interaktion durch die Lernenden offenstehen. Darüber hinaus eignen sich AR-Inhalte überall dort, wo es didaktisch sinnvoll ist, Zusatzinformationen zu realen Lernumgebungen

wie einer Maschine, Bauteilen, Gebäuden oder anderen Artefakten zu geben. Aus unserer Sicht sollten Assistenzsysteme in AR immer mit der Möglichkeit gekoppelt sein, ein tieferes Verständnis von Zusammenhängen zu vermitteln und nicht auf das reine Handling beschränkt bleiben.

VR-Lernen bietet sich überall dort an, wo Inhalte nicht oder noch nicht vorhanden sind oder es von Vorteil ist, sich komplett aus der realen Welt zu entfernen, etwa aus Gefahrengründen. Dies trifft natürlich gerade auf die technisch-gewerbliche Bildung an Berufsschulen zu, aber auch auf kontextbezogene Kommunikation wie Verkaufsgespräche oder das Sprachenlernen.

**Welche Bedeutung hat der Begriff „Immersion“ und welche Rolle spielt er beim Einsatz von VR- und AR-Technik im Lernkontext?**

Der Begriff Immersion, der für „Eintauchen“ steht, beschreibt die besondere Qualität von virtuellen Welten, computergenerierte Räume real erscheinen zu lassen. Wer in einer virtuellen Druckhalle steht, wird feststellen, dass sich das Gehirn sehr schnell auf diese neue Welt und deren Erkundung

einstellt. Man vergisst einfach, dass es sich um digitale Realitäten handelt und wird neugierig auf die visuelle Darstellung und die Interaktionsmöglichkeiten. Wir erleben in unseren Erprobungen immer wieder, dass Auszubildende durch solche Systeme besser zu motivieren sind und dass sie angeregt werden, tiefergehende Fragen zu stellen. Je mehr Sinne durch eine virtuelle Welt angesprochen werden können, je authentischer sie gestaltet ist und je mehr Interaktionen möglich sind, umso größer ist diese Wirkung. Gerade das selbständige Erkunden spielt eine große Rolle.

**Inwieweit stellt der Einsatz von VR- und AR-Technik in der beruflichen Aus- und Weiterbildung eine Revolution der Wissensvermittlung dar?**

Dem digitalen Lernen fehlte bisher oftmals der Wow-Effekt, das emotionale Element. Ein Stück weit wurde dies schon durch die Ansätze von Gamification und serious games aufgebrochen. Doch erst durch AR und VR werden Lernwelten wirklich immersiv, gemeinsam erlebbar und stehen dem kollaborativen Lehren und Lernen offen. Augmented und Virtual

## Impressum

### Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und  
Wissenschaft  
Landesverband Hessen  
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-  
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •  
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe

Berufsbildende Schulen

### Layout:

**Matthias Hohmann**

Email: [m.hohmann@gmx.net](mailto:m.hohmann@gmx.net)

### Redaktion:

**Dieter Staudt**

Messeler Straße 3 •  
64390 Erzhausen •  
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: [dstaudt@t-online.de](mailto:dstaudt@t-online.de)

**Ralf Becker**

Tel.: 06142 / 838880

Email: [r.becker.gew@gmx.de](mailto:r.becker.gew@gmx.de)

**Auflage: 4600**

### Druckerei:

Gründrucken Print and  
Packaging GmbH  
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentliche Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

Reality können das Staunen in den Unterricht zurückbringen – das Staunen über technische Zusammenhänge, die spielerische Freude am gemeinsamen Lernen.

### Welchen Vorurteilen gegenüber VR- und AR-Technik begegnen Sie?

Wir erleben Vorurteile gerade gegenüber den eher spielerischen Ansätzen. In unserer Bildungswelt ist Lernen immer noch eher mit Schmerzen als mit Freude konnotiert. Oft beschreibe ich das Motto unseres Projekts auf unseren zahlreichen Veranstaltungen als „Lernen und Arbeiten, womit andere nur spielen“ - einmal um ein wenig zu provozieren, aber auch um das Potenzial deutlich zu machen.

Virtuelle Welten sind zu mächtig, um sie nur der Spieleindustrie zu überlassen. Sie können gewinnbringend in der beruflichen

Bildung eingesetzt werden. Wenn uns selbst langjährige Mitarbeiter in der Druckindustrie sagen, dass sie komplizierte Zusammenhänge an einer Maschine nach der Nutzung unseres Lernmoduls erstmals wirklich komplett verstanden haben, dann macht uns das nicht nur stolz, sondern zeigt auch die riesigen Chancen auf.

### Welche Hürden für VR- und AR-Technik gibt es noch?

Die Technikanschaffung für VR ist zwar nicht exorbitant kostenintensiv, schlägt aber doch mit knapp 2.000 Euro pro Station zu Buche und oftmals stellt die Akquise von 3D-Daten von Maschinen oder zur Konstruktion der Lernwelt eine hohe Hürde dar.

*Quelle:*

[www.qualifizierungdigital.de](http://www.qualifizierungdigital.de)  
*BMBF-Newsletter 02/2019 vom*  
*24.05.2019*



*Die durch SVL 2020 (weiter-) entwickelte VR-Lernanwendung macht es u.a. möglich, in das sonst verborgene Innere komplexer Maschinen zu blicken.*

*Foto: Gerald Schilling © BIBB*

# Hessenweite Tagung zur Beruflichen Bildung 4.0

**25.10.2019 in Frankfurt am Main 9.30 bis 15.00 Uhr**  
**DGB Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77**

Mit: **Grußworten** von Prof. Dr. Kristina Sinemus (Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung) und Sandro Witt (stellvertretender Vorsitzende des DGB Bezirk Hessen-Thüringen), **Vorträgen** von Dr. Hans-Jürgen Urban (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall) sowie Dr. Christa Larsen und Anna Fischer (Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur) und **Workshops** zu unterschiedlichen Themen

Die Digitalisierung der Arbeitswelt stellt das Berufsbildungssystem vor vielfältige Herausforderungen. Dabei geht es bei der Gestaltung des digitalen Wandels nicht nur um veränderte Qualifikationsanforderungen und die Fortschreibung von Berufen, sondern auch um weitere Zukunftsfragen, wie beispielsweise die nach der passenden Ausbildungsgestaltung, der künftigen Lernortkooperation, der künftigen Rolle des Bildungspersonals und schlussendlich um die der möglichen Karrierewege in der beruflichen Bildung. Qualitativ gute Ausbildung muss mit dem Wandel der Zeit Schritt halten. In vielfältigen Workshops werden wir diese neuen Herausforderungen genauer beleuchten.

Zielgruppe der Tagung sind Lehrkräfte von Berufsbildenden Schulen, Mitglieder in Berufsbildungsausschüssen, Hauptamtliche für berufliche Bildung in den Gewerkschaften, Betriebsräte und Jugendauszubildendenvertretungen.

## Fachtagung

**„Und täglich grüßt die nächste Herausforderung“**

**Bundesverband Produktionsschulen**

26. September, 9.00 bis 17.00 Uhr in Kassel, Südflügel im Kulturbahnhof, Rainer Dierichs Platz I  
Das ausführliche Programm zu den Vorträgen und workshops kann auf der Homepage des Bundesverbandes herunter geladen werden.

## **GEW-Bezirksfachgruppe Berufliche Schulen Nordhessen trifft sich!**

Am 27. August von 16.00 bis 19.00 Uhr in der GEW-Geschäftsstelle Kassel, Friedrich-Engels-Str. 26

## **Populismus, Fake News, Lügenpresse Herausforderungen politischer Bildung an Schulen**

Veranstaltung am 13. September 2019, 15.00 – 19.30 im Congress Park Hanau,  
Veranstalter Friedrich-Ebert-Stiftung

Dabei wird auch die neue Studie „Politische Bildung an Schulen: Wer hat, dem wird gegeben“ von Prof. Sabine Achour und Susanne Wagner (FU Berlin) vorgestellt.

Anmeldung: [Landesbuero.Hessen@fes.de](mailto:Landesbuero.Hessen@fes.de)